

PAPERS

MICHAEL BRIE, HORST KAHR (HRSG.)

**DER PROGRAMMATISCHE
SISYPHOS**

**SYMPOSIUM ZU EHREN
VON DR. BERND IHME**

Michael Brie und Horst Kahrs (Hrsg.)

Der programmatische Sisyphos

Symposium zu Ehren von Dr. Bernd Ihme

24. Januar 2013

IMPRESSUM

PAPERS wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
und erscheint unregelmäßig

V. i. S. d. P.: Marion Schütrumpf

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2194-0916 · Redaktionsschluss: April 2013

Fotos: Michael Brie

Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Lothar Bisky: Der Weg der PDS im Kapitalismus der Gegenwart und ihr Platz links von der Sozialdemokratie	7
Katja Kipping: Hauptsache Arbeit? Über Bedeutung und Wandel der Arbeit	9
Dieter Klein: Der lange Weg zu transformatorischem Denken	15
Christa Luft: Die LINKE und die Eigentumsfrage – nach dem 20. Jahrhundert und im Zeitalter der digitalen Revolution	19
Horst Dietzel: Dringende Weichenstellungen in die Zukunft vornehmen	26
Bernd Ihme: Kurze Dankesrede	32
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	36

Vorwort

Als wir auf eine Anregung von Harald Pätzolt hin dieses Symposium planten, da war sofort der eine Satz von Albert Camus im Raum: »Wir sollten uns Sisyphos als glücklichen Menschen vorstellen.« Sieht man ab von den unvollendet gebliebenen Anläufen zu Parteiprogrammen so hat Bernd seit 1989 mitgewirkt, fünfmal das Werk einer programmatischen Selbstverständigung von den Anfängen bis hin zum Parteitags- oder Mitgliederbeschluss und der Auswertung zu bewegen. Und viele hier im Raum waren Zeugen, Beteiligte, Schiebende oder auch Retardierende, Quertreibende und Hintreibende; aber keiner wohl ein Hintertreibender. Immer wieder haben wir hinzugetan und weggenommen, neukonzipiert und neustrukturiert, die Wege verlängert, einen noch höheren Berg gewählt. Und immer war es einer vor allem, der dieser Arbeit Halt und Form, Ausdauer und Präzision, Umsicht und Übersicht gab – Bernd Ihme.

Albert Camus schreibt über – seinen – Sisyphos, dass er »sein ganzes Sein sich abmüht, ohne etwas zu vollenden«. Und dies ist für Camus Freiheit, ist wirkliche Größe, ist Rebellion in einer Situation, wo die Heilversprechen der Götter, der wissenschaftlichen Weltanschauungen, der Parteien und ihrer Führungen nichts, aber auch gar nichts mehr galten. »Darin«, so Camus, »besteht die verborgene Freude des Sisyphos. Sein Schicksal gehört ihm. Sein Fels ist seine Sache. [...] Im Universum, das plötzlich wieder in seinem Schweigen ruht, werden die tausend kleinen, höchst verwunderten Stimmen der Erde laut.«

Das Jahr 1989 war – auch – eine Befreiung. Keine Sache mehr, der zu dienen, keine Partei, der das Leben zu opfern, keine Idee, die über den Menschen stand. Dafür aber die Möglichkeit, wenn man Glück hatte, selbst zu entscheiden, wofür man sich einsetzt. Für viele war dieses Glück nicht gegeben: Abwicklung, Umschulung, Jobsuche, Kampf um ein Überleben in relativer Würde. Einige aber konnte sich diese Möglichkeit erkämpfen, wurden von Zufällen begünstigt, waren zur richtigen Zeit am richtigen Ort.

Und wenn es um programmatische Suche ging, wenn die Frage gestellt wurde, was sind wir eigentlich – wir, die demokratischen Sozialistinnen und Sozialisten –, was wollen wir, was können wir, was dürfen wir wollen, dann war Bernd Ihme immer dabei.

1990, 1993, 2003, 2007 und 2011 hat Bernd Ihme am zentralen Programmdokumenten der PDS, der Linkspartei und schließlich der Partei DIE LINKE mitgewirkt. Nicht weniger wichtig war sein Einsatz für die Wahlprogramme der Partei 1990, 1994, 1998, 2002, 2005 und 2009. Dazu kam die Mitarbeit an einer Vielzahl von Grundsatzdokumenten, unter anderem zur Erneuerung und zum Selbstverständnis der PDS, an PDS-Strategiepapieren, an solchen Dokumenten wie zur Demokratisierung als Kernfrage linker Politik, zum Verständnis des demokratischen Sozialismus, die Stellungnahme zum Papier der Kirchen von 1995, zu den politischen Aufgaben bis 1998, die Konzipierung der Crossover-Konferenz, zu Grundsätzen und Zielen der PDS. Es ging um politische Lageeinschätzungen und Konsequenzen für DIE LINKE, Thesen zur Programmdebatte, zur Nachhaltigkeit etc., etc.

Und wie er dabei war, dies macht folgender Bericht des Kreisverbandes Barnim von 2010 deutlich, den ich wörtlich zitieren möchte:

Der offizielle Start der Programmdebatte begann bei den Barnimer LINKEN mit der Mitgliederversammlung am 10. April in der Bernauer Stadthalle. Dazu war Dr. Bernd Ihme von der Programmkommission geladen.

In seinem einführenden Referat verwies er darauf, dass die Reaktionen der anderen Parteien auf die Veröffentlichung des Programmentwurfs durchweg ablehnend seien. Die CDU habe den Entwurf sogar als „staatsfeindlich“ bezeichnet. Dabei enthalte er nichts, was dem Grundgesetz widerspricht, nicht einmal die Forderung nach Verstaatlichung von Schlüsselunternehmen. Aber auch in den eigenen Reihen gebe es unterschiedliche Reaktionen: von „euphorisch“ bis zu deutlichen Vorbehalten. Dies sei gut für eine breite, demokratische

Debatte, die öffentlich geführt werden sollte. Eine gründliche Diskussion könne das Selbstverständnis der Partei schärfen, die nach der Vereinigung von Linkspartei.PDS und WASG 2007 über 25.000 neue Mitglieder gewonnen hat.

Wichtig sei, sich bei aller Diskussion auf das Grundsätzliche zu verständigen. Dazu gehöre zweifellos das Verhältnis zum „demokratischen Sozialismus“. Einige verstehen darunter die große Vision einer zukünftigen gerechteren Gesellschaft, andere einen „transformatorischen Prozess“. Hier wie da werde damit auch die Frage nach dem Eigentum an Produktionsmitteln verknüpft. Aber auch bei den Sozialdemokraten findet sich der Begriff vom „demokratischen Sozialismus“, allerdings mehr im Sinne einer „sozialen Demokratie“ denn als neue ausbeutungsfreie Gesellschaft.

Zu beachten sei, dass „demokratischer Sozialismus“ mit der bisherigen revolutionären Theorie der Arbeiterbewegung bricht, die von einem „großen Knall“ ausging. Vielmehr gelte es, durch schrittweise Veränderungen zu einer neuen Qualität der Gesellschaft zu gelangen. Der Begriff beinhalte ein ganzes Wertesystem, einschließlich der Freiheit der Individuen.

Hinsichtlich der Analyse der gegenwärtigen Situation im Programmentwurf konstatierte der Redner einen „recht ordentlichen Stand“, beklagte jedoch eine gewisse Unterschätzung der Potenziale des Kapitalismus. Dieser sei ständig „in Bewegung“, bringe immer wieder neue Technologien und Produktionsverhältnisse hervor, passe sich ständig neuen Entwicklungen an.

Dr. Ihme forderte, dass sich die ökologische gleichrangig mit der soziale Frage durch das ganze Programm ziehe müsse. „Rot muss mit Grün verbunden werden“, betonte er. Dies habe tiefgreifende Konsequenzen bis hin zur Eigentumsfrage. In diesem Zusammenhang bekannte er sich u. a. auch zu einem Ausstieg aus der Braunkohleverstromung, aber mit Blick auf die reale Lage „nicht von heute auf morgen“.

Zum Thema „Demokratisierung“ merkte der Referent an, dass dazu auch die Verteidigung demokratischer Errungenschaften gehöre. Das Positive sei zu bewahren und weiterzuentwickeln. Freiheit, Gleichheit und Solidarität seien als Einheit zu betrachten. Die LINKE sei Teil der Gesell-

schaft und müsse in dieser tätig werden. Für Veränderungen in der Gesellschaft müssten alle Möglichkeiten genutzt werden. Allerdings werde uns das nicht allein gelingen. Wir bräuchten Verbündete, wozu auch die SPD gehören könnte.

Letzterer Gedanke wurde verschiedentlich auch in der nachfolgenden regen Diskussion wiederholt aufgegriffen. So wurde die Frage nach Mobilisierung von Mehrheiten in der Gesellschaft aufgeworfen. Lutz Kupitz, Mitglied des Kreisvorstandes und Kreistagsabgeordneter, warnte z. B. davor, einen „Alleinvertretungsanspruch“ der „richtigen Meinung“ zu praktizieren. Wir könnten zwar dazu beitragen, Antworten auf Fragen zu finden, aber nicht allein. Sebastian Walter, Kreisvorsitzender der Barnimer Linken, hob hervor, dass das Herangehen an den „demokratischen Sozialismus“ als „Bewegung“ ein neuer Ansatz sei, der dazu führen könnte, mehr Bürger zu gewinnen.

Was könnte dem noch hinzugefügt werden?! Camus hätte gesagt: »In diesem besonderen Augenblick, in dem der Mensch sich seinem Leben zuwendet, betrachtet Sisyphos, der zu seinem Stein zurückkehrt, die Reihe unzusammenhängender Handlungen, die sein Schicksal werden, als von ihm geschaffen...« Die Zusammenhänge stellen wir nur selbst her, das Gelingen liegt nicht in unserer Hand, die Anstrengung, die Leidenschaft, die Güte, derer es bedarf, sie sind unser Werk. Bernd Ihme hat ein bemerkenswertes Werk vollbracht. Dafür unseren Dank. Dank auch denen, die durch ihre Beiträge zum Gelingen des Symposiums beigetragen haben: Lothar Bisky, Katja Kipping, Christa Luft, Axel Troost und Dieter Klein. Leider war es Axel Troost aus sehr verständlichen Gründen nicht möglich, seinen Beitrag auch schriftlich zur Verfügung zu stellen. Aufgenommen haben wir einen Beitrag von Horst Dietzel, der aus Zeitgründen auf dem Symposium nicht mehr gehalten wurde. Die Herausgeber wünschen den Leserinnen und Lesern interessante Einblicke in der programmatische Arbeit der Linken.

Michael Brie

Horst Kahrs

Lothar Bisky

Der Weg der PDS im Kapitalismus der Gegenwart und ihr Platz links von der Sozialdemokratie

Grunderlebnis

Am 8./9. und am 16./17. Dezember 1989 fand ein außerordentlicher Parteitag in Berlin statt – der Parteitag der SED/PDS. Ich leitete die vielköpfige Redaktionsgruppe, die den Text der politischen Entschließung erarbeiten sollte.

Ich war zum ersten Mal auf einem Parteitag, unerfahren und nervös. Schneller, als ich dachte –aber weit nach Mitternacht – wurde ich aufgerufen, raffte die Blätter zusammen, ging ans Mikrophon und quälte mich mit monotoner Stimme durch den Text. Nach einer heftigen Debatte über unseren Entwurf wurde beschlossen, dass jeder Bezirk noch einmal je zwei Delegierte in die Redaktionskommission entsenden sollte. Damit war sie vollends arbeitsunfähig. Alle redeten wild durcheinander. Als dann eine Lehrerin auf den Lehrplan für die achten Klassen zu sprechen kam, bat ich Markus Wolf, der neben mir saß, die Debatte zu leiten, und formulierte zwei, drei Sätze um. Ich wurde wieder aufs Podium gerufen, sprach den nahezu gleichen Text laut und deutlich und mit fester Stimme ins Mikrophon und war überrascht, dass ich diesmal fast nach jedem Satz Beifall erntete. Nachdem ich geendet hatte, zog ich meine rote Delegiertenkarte aus der Tasche und hob sie in die Höhe. Die Delegierten folgten meinem Beispiel und applaudierten. Als der Versammlungsleiter die Gegenstimmen und die Stimmenthaltungen aufrief, waren es verschwindend wenige.

Ich habe das erwähnt, weil die zahlreichen programmatischen Debatten in meiner Partei gänzlich anders verliefen.

Sie dauerten lange. Sie wurden zäh, ernst und ausdauernd geführt als ginge es um Leben und Tod. Nach vierzig Jahren Schweigen folgte eine Phase der Diskussionsbesessenheit. Natürlich gab es auch einen großen Diskussionsbedarf.



Aus der Regierungspartei mit 2,3 Millionen Mitgliedern wurde in kürzester Frist eine kleine Oppositionspartei, die nur eine Chance hatte, wenn sie in der Lage war, sich programmatisch völlig neu zu orientieren und diese Orientierung wirksam zu vertreten.

Die Programmkommission, an deren Arbeit sich im Laufe der Jahre nicht wenige beteiligten, hatte immer ein Gesicht und eine Adresse: Bernd Ihme. Die Parteivorstände wurden alle zwei Jahre neu gewählt. Zum Glück blieb Bernd Ihme. Er gab der programmatischen Arbeit Kontinuität. Bei ihm liefen die Fäden zusammen.

Es ist ein Glücksfall für die Linke, dass Bernd Ihme in Augenblicken, wenn die Vorstände verrückt spielten, sein ganzes Gewicht in die Waagschale warf und unbeirrt die programmatische Arbeit fortsetzte, die großen Gedanken und auch manch unsinnige Papiere aufgriff, einordnete und auswertete, speicherte oder in den Papierkorb warf, so sie dann auch hingehörten.

In den Zeiten der grimmigen ideologischen Gemütlichkeit, der verbissenen Ausgrenzung, organisierte er Diskussionen in vielen

Orten in Ost und West und half damit, das Gefühl der Zusammengehörigkeit in der Mitgliedschaft zu stärken und zu entwickeln.

Ausblick

Ich verstehe die programmatische Arbeit als Prozess, in dem mit widersprüchlichen gesellschaftlichen Entwicklungen auch ständig neue Fragen auftauchen und beantwortet werden müssen.

Für die Partei rankt sich die programmatische Debatte um die Verbindung der Antworten auf die Kernfragen:

Woher kommen wir?

Wo stehen wir?

Wohin wollen wir?

Die Linke verortet sich politisch als links neben der Sozialdemokratie. Ist sie die sozialistische und/oder sozialdemokratische Partei links neben der Sozialdemokratie? Meines Erachtens beides. Die Herkunft aus der Geschichte der Arbeiterbewegung ist evident. Die plurale Linke hat auch künftig noch viel zu tun, um ihre Geschichte aus verschiedenen Quellen aufzuarbeiten, sich kritisch damit auseinanderzusetzen.

Das dauert. Die unumkehrbare Lossagung vom Stalinismus brauchte länger als einen Tag, ist aber inzwischen Geschichte.

Die Traditionen der Linken wurzeln in der Industriegesellschaft: Mit der Informationsgesellschaft hat die Partei Probleme. Die neuen sozialen Strukturen werden zu zögerlich programmatisch bearbeitet. Das Informationsproletariat hat zwar Gemeinsamkeiten mit dem Industrieproletariat, aber doch seine Besonderheiten, wie es natürlich in der Informationsgesellschaft noch Industriearbeiterschaft gibt, jedoch haben sich die Proportionen deutlich verschoben.

Nach wie vor gilt für mich: Links ist internationalistisch oder nicht links. Dazu gibt es allerdings seit Jahrzehnten immer wieder auch stark auf die Nation abhebende „nationalbolschewistische“ Strömungen.

Zurecht hat die Linke sich EU-kritisch positioniert, innerhalb dieser Haltung aber gibt es durchaus sehr unterschiedliche Einstellungen zur EU: eine positive, EU-bejahende und eine die EU im Wesentlichen verneinende Haltung. Letztere finde ich problema-

tisch, denn die Globalisierung ist weit fortgeschritten. Schon im *Kommunistischen Manifest* wurde herausgearbeitet, dass mit der Großen Industrie die nationale Beschränktheit und Borniertheit beseitigt wird und an ihre Stelle eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander tritt.

Wir erleben in Afghanistan und in Mali, dass die Kriegsgefahren nicht gebannt, sondern auch noch im 21. Jahrhundert stets präsent bleiben. Deshalb sollte die Linke die Friedensfrage auch künftig als eine ihrer wichtigsten Fragen ansehen und eine differenzierte linke Position zum *Cyber-War* entwickeln.

Aber natürlich bleibt die Linke vor allem die Partei der sozialen Frage, die sich im 21. Jahrhundert neu darstellt. Die Bekämpfung von Armut und Hunger ist aktuell. Die prekären Arbeitsplätze betreffen Millionen Menschen auch in Deutschland. Die Zeitfrage und Zeitsouveränität, die Gleichstellung und nicht zuletzt die Bildung müssen programmatisch stärker gewichtet werden, wie auch die Kultur in der Mediengesellschaft.

Sicherlich haben wir Linken manches zu theoretisch, zu wenig allgemeinverständlich, zu abstrakt diskutiert. Die Diskussionsfreudigkeit, auch die Neigung zu theoretischen und konzeptionellen Debatten sehe ich allerdings als Stärke, nicht als Nachteil der Linken in Deutschland und Europa an. Pflegen wir diese Stärke!

Katja Kipping

Hauptsache Arbeit? Über Bedeutung und Wandel der Arbeit



Einstieg

Wir sind ja heute hier zusammen gekommen um das gemeinsame Nachdenken und Weiterdenken voranzubringen – und vor allem um Bernd Ihme zu ehren. Zu beidem möchte ich gern einen Beitrag leisten. Wobei mir die Aufgabe zu gekommen ist, dies anhand des Themas Arbeit zu tun. In Vorbereitung auf meinen Beitrag, habe ich ein bisschen recherchiert, was Bernd so zu verschiedenen Anlässen gesagt hat und bin dabei auf eine bemerkenswerte Rede von ihm anlässlich des 80. Geburtstages von Prof. Klaus Steinitz 2012 gestoßen.

Ich zitiere also aus einem Vortrag, in dem Bernd wiederum Klaus Steinitz zitiert. Schon allein dieses Zitieren in der zweiten Ableitung deutet an, dass wir in unserem Reden und Denken, ja auch in der Wissensproduktion immer auf anderen aufbauen:

„... es war sehr wohltuend, wenn jemand versuchte, mit Blick in die Zukunft, einige grundlegende theoretische Überlegungen einzubringen. So regte Klaus unter anderem an, auch darüber nachzudenken, welche Rolle die Erwerbsar-

beit in Zukunft spielen wird, wenn der Umfang der notwendigen Arbeit zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse infolge einer rasanten Produktivitätssteigerung zurückgehen wird.

Ich [also Bernd] zitiere Klaus: „Inwieweit ist es berechtigt, die Erwerbsarbeit durch einen umfassenderen Arbeitsbegriff zu ersetzen, der Hausarbeit, Erziehungsarbeit, öffentliche, ehrenamtliche Arbeit ohne Entgelt mit zieht. ...Das alternative sozialistische Konzept der PDS darf nicht „nur“ durch die Forderung ... nach menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und Arbeitsinhalten charakterisiert werden, sondern muss weitergehen. Hierzu gehören vor allem die Verbindung von Arbeit und Umwelt, die Forderung nach einer sinnvollen Arbeit, die darauf gerichtet ist, gegen die Menschheitsinteressen gerichtete Arbeitsergebnisse – vor allem die Herstellung von Rüstungsgütern – zu überwinden.“¹

Soweit Bernd wie er mit Begeisterung Klaus Steinitz zitiert. Nicht nur Bernd erinnerten diese Aussagen an die Debatten ums Erfurter Programm, auch mich.

Bernd und ich verbrachten ja mal drei Tage sehr zurückgezogen in einem Hotel am Waldesrande. Also nicht wir zwei ganz alleine, u.a. waren noch Sahra Wagenknecht und Mathias Höhn und die damaligen Parteivorsitzenden Gesine Löttsch und Klaus Ernst dabei. Dort diskutierten wir in einer dreitägigen Klausur bis spät in die Nacht über zentrale Diskussionspunkte des Erfurter Programms.

Beim Themenfeld Arbeit ging es besonders heiß her. Ich freue mich, dass ich heute dieses Feld etwas ausführlicher beleuchten

¹ Klaus Steinitz: PDS und Wirtschaftspolitik. In: Keine Opposition. Nirgends?. Linke in Deutschland nach dem Sturz, 1991, S. 159/160.

kann. Ich greife dabei auf eine Argumentation zurück, die ich in meinem Buch „Ausverkauf der Politik“ entwickelt habe.

Zum historischen Stellenwert von Arbeit

In der Antike galt Arbeit als die niedrigste aller Tätigkeiten. Eine Tätigkeit, die zwar notwendig war, aber die Menschen vom Menschsein abhielt. Stattdessen erfreute sich die kontemplative Lebensweise der Philosophen, also das Erforschen, Schauen und Denken, der höchsten Anerkennung. Noch bei dem Römer Cato heißt es: „Nunquam se plus agere quam nihil cum ageret“ – Niemals ist man tätiger, als wenn man dem äußeren Anschein nach nichts tut.² Heute hingegen hat eine Ideologie die Oberhand gewonnen, wonach Sinn und Zweck menschlichen Daseins vor allem in der Arbeit besteht. Wobei Arbeit gesagt wird, aber Erwerbsarbeit gemeint ist. Wie kam es zu diesem Aufstieg der Arbeit von der untersten und verachteten zur scheinbar höchsten Stufe menschlichen Daseins?

Bibel

Denkt man an das berühmte Zitat des Apostels Paulus: „Wer nicht arbeitet, der soll nicht essen“, könnte man meinen, dieser Paradigmenwechsel sei womöglich der christlichen Lehre geschuldet. Doch die Bibel ist ambivalent, wenn es um den Stellenwert von Arbeit geht. Dies zeigt ein Blick in die Bergpredigt:

„Seht die Vögel unter dem Himmel an: Sie säen nicht, sie ernten nicht, sie sammeln nicht in die Scheunen; und euer himmlischer Vater ernährt sie doch: Seid ihr denn nicht viel mehr als sie?“ Und weiter: „Und warum sorgt ihr Euch um die Kleidung? Schaut die Lilien auf dem Feld an, wie sie wachsen: sie arbeiten nicht, auch spinnen sie nicht.“³

Es finden sich also in der Bibel sowohl Zitate für die Glorifizierung von Arbeit als auch für das bedingungslose Anrecht auf Nah-

rung und Kleidung. Und schließlich, so die Bibel, wurde der Mensch als Abbild Gottes erschaffen. Dieser theologische Grundgedanke führt in letzter Konsequenz dazu, dass das Recht auf Überleben nicht an eine vorher zu erbringende Leistung gebunden ist. Der Schlüssel zur Verherrlichung der Arbeit liegt also nicht in der christlichen Lehre.

Moderne

Die Glorifizierung von Arbeit ist vielmehr eine Erfindung der Moderne. Darin sind sich zwei große philosophische Köpfe des 20. Jahrhunderts, Hannah Arendt sowie André Gorz, einig: Erst in der Neuzeit, im 17. Jahrhundert, setzte die Verherrlichung der Arbeit ein.⁴ Hannah Arendt zufolge begann alles damit, dass der englische Philosoph John Locke die Arbeit zur Quelle bzw. zum Ursprung des Eigentums ernannte. Locke führt dabei aus, dass die Arbeit des Körpers und das Werk der Hände nur Mittel sind, um sich das anzueignen, was Gott den Menschen gegeben hat und zwar für seinen privaten Gebrauch. Arbeit bekommt hier also eine geradezu göttliche Weihe.

Hannah Arendt fasst die Lockesche Argumentation wie folgt zusammen: „Worum es ihm ging, war, eine Tätigkeit zu finden, die von sich selbst 'aneignenden' Charakter hat, die sich der Dinge der Welt bemächtigen und dennoch ganz privat bleiben kann.“ John Locke gründe das Recht des Erwerbs von Privateigentum auf „das Eigentumsrecht an dem eigenen Körper“ – so Arendt – „der in der Tat das Eigenste und Privateste ist, was der Mensch 'besitzen' kann.“⁵ John Locke ging es bei der Verherrlichung von Arbeit vor allem um eines: um die Rechtfertigung des Privateigentums.

Dieses historische Beispiel zeigt, wie der Stellenwert von Arbeit durch konkrete Interessenlagen gesteuert wird. Es lohnt sich also, einen Blick darauf zu werfen, ob die konkrete Arbeit jeweils überhaupt die mit ihr

² Zitiert nach Hannah Arendt: *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München 1981. Piper Verlag, S. 415.

³ Bergpredigt im Matthäusevangelium 6/ 26-29.

⁴ Vgl. dazu: Hannah Arendt: *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München 1981. Piper Verlag; André Gorz: *Arbeit zwischen Misere und Utopie*. Hg. v. Ulrich Beck. Frankfurt am Main 2000. Suhrkamp Verlag.

⁵ Hannah Arendt: *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München 1981. Piper Verlag, S. 130f.

verbundenen Erwartungen erfüllt. Es lohnt also die Frage nach dem Wert von Arbeit unter einem anderen Blickwinkel als bisher zu stellen.

Der Wert der Arbeit

Die zentrale Bedeutung, die unsere Gesellschaft der Erwerbsarbeit zuschreibt, basiert auf drei willkürlichen Setzungen:

1. Da ist erstens die Gleichsetzung von Erwerbsarbeit und Leistung.
2. Die zweite willkürliche Setzung besteht darin, dass das Bedürfnis nach Einkommen mit Erwerbsarbeit gleichgesetzt wird.
3. Und drittens existiert die Unterstellung, das Bedürfnis zu werken, zu wirken, zu handeln sei ausschließlich durch Erwerbsarbeit zu realisieren.

Nur Erwerbsarbeit = Leistung?

Dabei dürfte inzwischen jeder Beispiele kennen, die davon zeugen, dass die Verbindung zwischen Leistung, Arbeit und Einkommen längst erodiert. Wer arbeitet nicht alles und bekommt trotzdem kein Einkommen. Man denke nur an Hausmänner, die von früh bis abends den Haushalt schmeißen und sich um die Kinder kümmern, aber kein eigenes Einkommen haben, sondern auf das Einkommen der Partnerin angewiesen sind. (Wobei es meist umgekehrt ist, was die Abhängigkeit nicht besser macht.)

Wer leistet nicht alles und bekommt trotzdem kein Einkommen. Man denke nur an aktive Ehrenamtliche, die keine bezahlte Arbeit finden können. Wer bekommt nicht alles Einkommen, und arbeitet nicht oder leistet nichts. Man denke nur an reiche Erben, die bestens von den Zinsen des Erbes leben können, ohne dass jemand nach ihren Leistungen für die Gesellschaft fragt.

Fragwürdige Leistung in Erwerbsarbeit

Die Gleichung, wonach nur Erwerbsarbeit eine Leistung für die Gesellschaft sei, basiert offensichtlich auf einem Irrtum. Sie lässt nämlich außer acht, dass es Arbeitsplätze gibt, bei denen keine gesellschaftlich nützliche Arbeit geleistet wird. Bei einigen entsteht sogar im Gegenteil erheblicher Schaden. Oder will jemand ernsthaft behaupten, Fabriken, in denen Landminen gefertigt werden, leisten einen Beitrag zum

gesellschaftlichen Reichtum? Und selbst wenn dabei betriebswirtschaftlicher Profit entsteht, der Preis dafür lautet: zerfetzte Menschen, Tod und Vernichtung.

Oder denken wir an Betriebe, in denen Sachen fabriziert werden, deren Sinn mindestens fragwürdig ist. So schien es Mitte der 1990er Jahre für viele Kinder unmöglich, den Tag ohne ein Tamagotchi zu verbringen. Zwar hat sich bald herausgestellt, dass dies sehr wohl geht, aber zwischenzeitlich wurden Massen an Erdöl, Mineralien und Chemikalien in die Produktion der Pseudo-Haustiere gesteckt.

Wir halten fest: Es gibt Arbeit, die bewirkt vor allem eines: unnötigen Ressourcenverbrauch und unnötige Emissionen. Ist bei solchen Arbeiten nicht Unterlassung die wahre Leistung gegenüber der Gesellschaft?

„Solange Egoismus und Unersättlichkeit das Gemeinwesen regieren, wird uns die schönste Effizienzrevolution nicht retten können“, heißt es in der Studie „Die neuen Grenzen des Wachstums“ von Donella Meadows, die auch den berühmten „Bericht an den Club of Rome“ mit verfasste. Ihr Fazit: „Solange als Arbeit nur das anerkannt wird, was den Umsatz steigert, kann der Naturverbrauch nicht dauerhaft gebremst werden.“⁶

Zudem basiert unsere Gesellschaft mitnichten nur auf Erwerbsarbeit. Dank der Erhebungen des Statistischen Bundesamtes⁷ wissen wir: Pro Jahr werden rund 96 Milliarden Stunden unbezahlter⁸ Arbeit erbracht.

⁶ Donella Meadows, Dennis L. Meadows, Jorgen Randers: *Die neuen Grenzen des Wachstums*. München 1994. Deutsche Verlags-Anstalt. 7. unveränderte Aufl. S. 25f.

⁷ Untersuchung des Statistischen Bundesamtes: *Wo bleibt die Zeit? – Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/02*. Hg. v. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. S. 11.

⁸ Um unbezahlten Arbeit von reinen Freizeitaktivitäten abzugrenzen, zieht man üblicherweise das Dritt-Personen-Kriterium heran. Danach spricht man bei Tätigkeiten von unbezahlter Arbeit, soweit sie nicht Erwerbsarbeit darstellen, aber auch von Dritten gegen Bezahlung übernommen werden könnten.

Gemeint sind damit Arbeiten im Haushalt, in der Familie, gesellschaftliches Engagement, Arbeit in der Elternvertretung oder im Kulturverein etc. Das ist fast doppelt so viel Zeit, wie die Erwerbsarbeit ausmacht – namentlich 56 Milliarden Stunden. Allein vom Umfang her ist demnach unbezahlte Tätigkeit die tragende Säule unserer Gesellschaft und nicht Erwerbsarbeit. Und diese unentgeltliche Arbeit wird ganz freiwillig, ohne irgendwelchen Zwang erledigt, wobei der Beitrag von Frauen zu dieser unentgeltlichen Arbeit deutlich höher ist als der der Männer.⁹ Wer also meint, es bedürfe Zwang und Sanktionen, um Menschen dazu zu bringen, sinnvolle Tätigkeiten auszuüben, dem sei dies ins Stammbuch geschrieben.

Fakt ist: Menschen haben ein Bedürfnis danach zu werken, zu wirken und zu handeln. Dieses Bedürfnis kann in der Erwerbsarbeit seine Erfüllung finden – muss aber nicht.

Einkommen nur durch Erwerbsarbeit?

Fakt ist auch: Menschen brauchen ein Einkommen. Dies kann auf dem Wege von Erwerbsarbeitseinkommen erreicht werden – muss es aber nicht. In Zeiten der zunehmenden Unsicherheit und der sinkenden Reallöhne wird es immer schwieriger, sich ein sicheres Einkommen über bezahlte Arbeit zu sichern. Die Wirtschaftseliten und die ihnen ergebene Politik führen diese Schwierigkeit auf einen „Mangel an Arbeit“ zurück. Ich meine jedoch mit André Gorz, diese Argumentation dient der Verdunklung der wirklichen Situation. Denn: „Sichtlich mangelt es nicht an Arbeit, sondern an der Verteilung des Reichtums, für dessen Erwirtschaftung das Kapital immer weniger Arbeit braucht.“¹⁰

Nun ist mir bewusst, dass Erwerbslosigkeit wider Willen mit großen Problemen verbunden ist. Die Sorgen und Nöte von Menschen,

die faktisch zur Erwerbslosigkeit gezwungen werden, sind nicht kleinzureden. Trotzdem lohnt es, bei der Analyse des Problems einen Schritt zurückzutreten und zu fragen, warum Erwerbsarbeit in unserem Leben so unverzichtbar erscheint.

Erwartungen an Arbeitsplatz

Zweifelsohne kann Arbeit für viele Menschen Selbstverwirklichung bedeuten – etwa für eine Journalistin, die in ihren Berichten Dingen auf den Grund gehen kann, die sie selbst interessieren. Oder für einen Arzt, der mit seiner Arbeit Menschen heilen kann. Das Arbeitsverhältnis kann aber genauso zu einer Quelle von Demütigungen und ständiger Verletzung des Selbstwertgefühls werden, zum Beispiel für eine Redakteurin, die in ihren Artikeln entgegen ihrer eigenen Überzeugung den Vorgaben der Verlagsleitung Rechnung tragen muss, oder für einen Krankenpfleger, dessen Familienleben unter der Schichtarbeit leidet.

Schikane bei der Arbeit sei eine seltene Ausnahme? Vielleicht. Aber schlechte Arbeitsbedingungen sind leider keine Randerscheinung. Laut einer Untersuchung des DGB bezeichnet gerade mal eine kleine Minderheit von zwölf Prozent ihre Arbeitsbedingungen als gut.¹¹ Das ernüchternde Ergebnis lautet: 54 Prozent der Befragten bewerten ihre Arbeitsbedingungen als mittelmäßig und 34 Prozent arbeiten unter schlechten Arbeitsbedingungen. Diese große Unzufriedenheit ist ein Indiz dafür, dass Erwerbsarbeit nicht automatisch Anerkennung und Selbstverwirklichung bedeutet.

Angesichts dieser ambivalenten Bilanz stellt sich für mich die Frage, inwieweit Anerkennung, Selbstverwirklichung und Einkommen – also die tatsächlichen Ziele hinter der Arbeitssuche – auch auf anderem Wege zu erreichen sind.

⁹ Frauen leisten im Durchschnitt wöchentlich 31 Stunden unbezahlte Arbeit, während Männer lediglich 19 Stunden und 30 Minuten dafür aufbringen. Ebenda S. 9.

¹⁰ André Gorz: *Arbeit zwischen Misere und Utopie*. Hg. v. Ulrich Beck. Frankfurt am Main 2000. Suhrkamp Verlag. S. 102.

¹¹ Yasmin Fahimi (IG BCE), Tatjana Fuchs (INIFES), Christian Lauschke (DGB), Peter Kulemann (Büro für Publizistik), Frank Mußmann (Kooperationsstelle Universität Göttingen), Klaus Pickshaus (IG Metall), Hans-Joachim Schulz (ver.di): *DGB-Index Gute Arbeit 2007 – Der Report*. September 2007.

Andere Quellen von Anerkennung

Der Frankfurter Philosoph Axel Honneth verweist darauf, dass es einem historisch-kulturellen Wandel unterliegt, woran die Achtung und Anerkennung von Individuen gebunden ist.¹² Wir haben bereits gesehen, dass der hohe Stellenwert von Arbeit keine feste Konstante in der Menschheitsgeschichte darstellt.

Und inzwischen sind erste Anzeichen dafür erkennbar, dass sich Menschen von der ausschließlichen Fokussierung auf Erwerbsarbeit befreien. So manche und mancher, die oder der Anerkennung und Selbstverwirklichung suchte, wurde inzwischen außerhalb der Arbeit fündig. Das zeigt u.a. eine Studie am Institut für Psychologie der Universität Leipzig.¹³ Darin wird untersucht, inwieweit Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit von Arbeitslosengeld-II-Beziehenden anerkannt werden. Viele der Befragten verbrachten keineswegs ihre gesamte Zeit vor dem Fernseher. Vielmehr sorgen sie für Kinder und Angehörige und/oder engagieren sich ehrenamtlich. Zu den wichtigen Ergebnissen der Studie gehört die Erkenntnis, dass gesellschaftliche Anerkennung nicht ausschließlich über den Job vermittelt wird. Aus arbeitspsychologischer Sicht – so der Verfasser der Studie, Sascha Göttling – erscheint es sogar sinnlos, Menschen unter Androhung von Sanktionen in Maßnahmen zu vermitteln. Doch leider passiert in den Jobcentern genau das.

Wandel der Arbeit

Die Veränderung von Arbeitswelten ist beileibe keine neue Erscheinung. Auch in der Vergangenheit haben sich Berufsbilder verschoben. Doch der aktuelle Wandel der Arbeitswelt ist von besonderer Tiefe ähnlich

¹² Vgl. dazu Axel Honneth: *Logik der Emanzipation – Zum philosophischen Erbe des Marxismus*. in: *Wege ins Reich der Freiheit – André Gorz zum 65. Geburtstag*. Hg. v. Hans Leo Krämer und Claus Leggewie. Berlin 1989. Rotbuch Verlag. S. 101.

¹³ Siehe Sascha Göttling: *Wird Arbeit von Hartz-IV-Empfängern anerkannt?*. Studie am Institut für Psychologie II der Universität Leipzig. Nr. 2007/181. Mehr dazu: <http://db.uni-leipzig.de/aktuell/index.php>.

dem Umbruch von der Agrar- zur Industriegesellschaft. Heute befinden wir uns – zumindest im westlichen Teil der Welt – in einer Situation, wo nur noch eine Minderheit für Arbeiten in Landwirtschaft und Industrie gebraucht wird. Während der Bedarf an sogenannter produktiver Arbeit rapide sinkt, wächst die Bedeutung von immaterieller und reproduktiver Arbeit.

Immaterielle Arbeit

Was meint immaterielle Arbeit? Unsere landläufige Vorstellung von Arbeit ist eng mit dem Prozess der Produktion verbunden. Dabei denken wir etwa an die Produktion eines Autos oder das Zubereiten eines Menüs. Immaterielle Arbeit hingegen stellt keine materiellen Produkte im greifbaren oder schmeckbaren Sinne her.¹⁴

Das heißt jedoch nicht, dass sie zu keinen Ergebnissen führen würde. Nur sind die Ergebnisse immaterieller Arbeit lediglich im übertragenen Sinne greifbar – und zwar mit dem Kopf. Immaterielle Arbeit ist eng verbunden mit Innovation, Kommunikation und Selbstorganisation. Lebendiges Wissen wird zur Wertschöpfung Nummer eins, das Erfahrungswissen zur wichtigsten Produktivkraft. Das Schöne daran ist: Der Konsum von Wissen verbraucht dieses Gut nicht. Im Gegenteil, der Konsum von Wissen bewahrt, vermehrt und verbreitet es.

Wissensarbeit und Arbeitszeit

Das Problematische daran ist: Die für die Lohnarbeit typische Trennung von Arbeit(-szeit) und Leben(-szeit) ist für diese wissensbasierte Arbeit schwer haltbar. Man kann stundenlang an seinem Schreibtisch sitzen, ohne innovativ zu sein. Und plötzlich abends am Stammtisch, bei einem Kaffee oder beim Joggen arbeitet der Kopf weiter – und plötzlich entwickelt sich eine innovative Lösung. Da stellt sich die Frage nach der Entlohnung, denn traditionell richtet sich diese nach der Arbeitszeit. Die materielle Arbeit an einem Fließband lässt sich noch klar an der Stechuhr ablesen. Allerdings ist es faktisch unmöglich, bei immaterieller

¹⁴ Ausführlicher dazu: André Gorz: *Wissen, Wert und Kapital – Zur Kritik der Wissensökonomie*. Zürich 2004. Rotpunktverlag.

Arbeit die genaue Arbeitszeit und den Wert des gewonnenen Wissens zu messen. Damit ist die auf Tauschwert beruhende Ökonomie herausgefordert. Der Wert der Ware Arbeitskraft ist nicht mehr exakt bestimmbar, wenn die Arbeit immer geistiger wird. Ganz ähnlich gilt dies auch für Reproduktionsarbeit.

Erwerbslosigkeit und Prekarität in der Arbeitswelt

Neben der wachsenden Bedeutung von immaterieller und Reproduktionsarbeit ist die Arbeitswelt geprägt durch die Ausweitung von Erwerbslosigkeit und durch Prekarität. Dieser Wandel ist von jedem selbst erlebbar. Es gibt darüber hinaus Bücher, die das Ausmaß der Erwerbslosigkeit romanhaft widerspiegeln. Jakob Hein ist das mit seinem Buch „Herr Jensen steigt aus“ besonders gut gelungen. Im Zentrum dieses Werks steht ein Mann, der jahrelang als Postbote seinen Lebensunterhalt verdiente. Dann wird sein Job wegrationalisiert. Im Laufe des Romans erlebt der Leser gemeinsam mit dem Protagonisten die Tiefen des Erwerbslosendaseins. Da ist zum Beispiel die Vorfreude auf Partys, die schnell in Ernüchterung umschlägt, weil jeder nur über (Erwerbs-)Arbeit redet, oder das lange Warten auf dem Amt. Auf dem Arbeitsamt begegnet Herr Jensen einem ehemaligen Kellner, der nun in einem Weiterbildungskurs fit für die Logistikbranche gemacht werden soll. Während Herr Jensen, der selber aus der Logistikbranche kommt, zu einem Kurs „Fit for Gastro“ geschickt wird. Besonders deutlich tritt die Absurdität der Ämterpraxis zutage, als ihn seine Betreuerin zu einem Kurs „Fit for Logistik“ verpflichten möchte. Darauf kann Herr Jensen, der jahrelang im Logistikbereich gearbeitet hat, bevor sein Job weggekürzt wurde, nur noch müde antworten: „Ich bin fit für die Branche. Die Branche ist nicht mehr fit für mich.“

Soweit die Literatur. Die Realität toppt diese leider gelegentlich noch. LINKE Politik muss

sich dem stellen und dazu gehört, sich für Alternativen zur herrschenden Arbeits- und Sozialpolitik zu engagieren. Wie genau diese aussehen, kann heute hier nicht abschließend ausdiskutiert werden. Jedoch verändert sich die Art unserer Losungen, unserer Artikulation, wenn wir uns den hier aufgeworfenen Fragen zum Stellenwert von Arbeit stellen. Der Soziologe Wolfgang Engler schrieb dazu: *„Wer den gesellschaftlichen Daseinsbeweis des Menschen nur auf dem Umweg über die Arbeit zu führen versteht, unterwirft sich dem Einheitsdenken und hat den Kampf um eine andere Zukunft schon verloren.“* (Wolfgang Engler: *Bürger, ohne Arbeit*)

Ich meine, linke Politik sollte den Aufbruch aus dem Einheitsdenken wagen und den Kampf um eine andere Zukunft aufnehmen.

Und dies zum Schluss

Doch wenn wir über Arbeit reden, so darf die Arbeit, die Bernd mit den verschiedenen Parteiprogrammen unserer Partei hatte, nicht unerwähnt bleiben. Insgesamt hat er an sechs Parteiprogrammen mitgewirkt. Nun lässt sich sein Anteil daran nicht einfach quantifizieren. Ich sprach bereits von dem Problem der Zuordnung von Arbeitszeit im Bereich der Immateriellen Arbeit. Aber einige Zahlen hat meine Bürochefin Tanja doch rausgefunden: Bernd hat nicht nur innerhalb einer kleinen Gruppe 1393 Änderungsanträge zum Leitantrag erfasst, gelesen und in Synopsen verarbeitet, Er hat zum Programm der neuen LINKEN 250 Veranstaltungen bestritten. Er war seit 1990 an sechs Wahlprogrammen und fünf Parteiprogrammen beteiligt.

Insofern möchte ich die Gelegenheit nutzen, mich bei ihm zu bedanken. Doch nicht nur dafür, sondern für all Deine Beiträge und Ideen zu linken Strategiebildung.

Dieter Klein

Der lange Weg zu transformatorischem Denken

Ich hatte das einigermaßen ambivalente Privileg, an der programmatischen Arbeit der SED/PDS, der PDS, der Linkspartei/PDS und der Partei DIE LINKE von Beginn an, das heißt beginnend mit meinem Programmreferat auf dem Außerordentlichen Parteitag im Dezember 1989 bis zur Mitgliedschaft in der Programmkommission für unser geltendes Erfurter Programm teilhaben zu dürfen. Und stets Seit an Seit mit Bernd Ihme. Deshalb weiß ich, wovon ich spreche, wenn ich Bernd meine Bewunderung ausdrücke für seine seelische Stabilität, mit der er diesen auseinandersetzungreichen und nicht immer lustvollen Prozess bis zu dem beachtlichen gegenwärtigen Stand überstanden hat.

Das Ganze begann so: Eine Gruppe von Angehörigen der Humboldt-Universität hatte sich um das reformsozialistische Projekt "Moderner Sozialismus" zusammengefunden, das seit Mitte der achtziger Jahre unter Leitung von Michael Brie an der Universität entwickelt wurde und bereits vor dem Ende der DDR Grundvorstellungen über einen demokratischen und ökologisch orientierten Sozialismus hervorbrachte. Diese Gruppe geriet in den Turbulenzen der Wendezeit im Umfeld des Ausschusses zur Vorbereitung des außerordentlichen Parteitags der SED in das Gebäude des ZK der SED. Dort sollte sie mit dem Vorlauf des Sozialismusprojekts wie die Müllerstochter das Stroh zu Gold aus dem Chaos der Enderfahrungen der SED konsensfähige Programmvorstellungen für den Parteitag hervorbringen. Wir hatten dafür nicht einmal vierzehn Tage Zeit, verglichen mit dem jahrelangen Prozess der Arbeit am gegenwärtigen Erfurter Programm nicht sonderlich viel. Schließlich lag ein programmatisches Referat auf dem Tisch. Aber in der letzten Nacht vor dem Parteitag waren die Körbe mit Briefen aus der Basis über die Wut, die Fragen und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger samt der Parteimitglieder unter ihnen so übergequollen, dass wir uns entschlossen, im Inte-



resse der Lebensnähe der neuen Programmatik neun Fragen herauszudestillieren und dazu in nächtlicher Arbeit Überlegungen zu formulieren. Wir wussten damals noch nicht, dass die Zapatistas das später als Prinzip formulieren würden: "Fragend schreiten wir voran".

Ich möchte in meinem Kurzbeitrag impressionhaft vier Thesen durch die Programmdebatte hindurch auf ihre Wurzeln zurückverfolgen.

1. These: Eine solidarische gerechte Gesellschaft im Einklang mit der Natur, das heißt ein demokratischer grüner Sozialismus ist die Perspektive für das 21. Jahrhundert.

2. These: Die Machtfülle des herrschenden Blocks, der Umfang, die Komplexität und Kompliziertheit der zu lösenden gesellschaftlichen Probleme und die Schwäche der Linken sprechen jedoch dagegen, dass in Europa dem neoliberalen Kapitalismus unmittelbar der Sozialismus folgen wird.

3. These: Die Gefahren der Gegenwart – vom Klimawandel und anderen Umweltkri-

sen über die aus Hunger und Not im globalen Süden entspringende Gewalt bis zum Zerschlagen des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch die wachsenden Klüfte zwischen Reich und Arm – sind so bedrohlich, dass der Menschheit für den Einstieg in ihre Überwindung nur noch ein ganz enges Zeitfenster verbleibt. Aber in diesem kurzen Zeitraum werden die Machteliten von heute, die diesen Einstieg blockieren, noch im Sattel sitzen. Zumindest kann dies nicht ausgeschlossen werden.

4. These: Die Lösung dieses Widerspruchs hat einen Namen: doppelte Transformation. Das bedeutet erstens Kampf um eine Transformation zu einer postneoliberalen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, in der mehr Demokratie, mehr Sozialstaatlichkeit, stärkere Umweltorientierung und kooperative Bearbeitung globaler Konflikte Chancen für progressive Problemlösungen eröffnen. Zweitens: weil dem aber die kapitalistischen Grundstrukturen auch weiter begrenzend und mit autoritären Rückfällen drohend entgegenstehen werden, muss die Linke darauf setzen, in die systeminterne bürgerliche Transformation zunehmend potenziell sozialistische Elemente, Institutionen, Praxen und Tendenzen als Einstieg in eine zweite Große Transformation über den Kapitalismus hinaus hineinzuholen. Der demokratische Sozialismus wird alternative Wege bereits mitten im Kapitalismus mitbestimmen. Er wird nicht erst nach dem Rubikon eines gewaltigen Umsturzes beginnen.

Durch die Brille dieser Thesen betrachtet tritt bereits im "Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus" vom 25. Februar 1990 ein Satz zum Sozialismusverständnis bemerkenswert hervor:

"Demokratischer Sozialismus ist für uns nichts Abgeschlossenes, kein Gesellschaftssystem, das wir in Kürze auf deutschem Boden haben werden, sondern ein Weg, eine ständige Aufgabe und Herausforderung."

Im Programm der PDS vom Januar 1993 wurde dieses Sozialismusverständnis weiter ausgearbeitet:

"Der Sozialismus ist für uns ein notwendiges Ziel - eine Gesellschaft in der die freie Entwicklung der einzel-

nen zur Bedingung der Entfaltung aller geworden ist. Sozialismus ist für uns eine Bewegung gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, gegen patriarchale Unterdrückung, gegen die Ausplünderung der Natur, für die Bewahrung und Entwicklung der menschlichen Kultur, für die Durchsetzung der Menschenrechte, für eine Gesellschaft, in der die Menschen ihre Angelegenheiten demokratisch und auf rationale Weise regeln. Sozialismus ist für uns ein Wertesystem, in dem Freiheit, Gleichheit und Solidarität, menschliche Emanzipation, soziale Gerechtigkeit, Erhalt der Natur und Frieden untrennbar verbunden sind."

Diesen Gedanken bündelnd heißt es im Chemnitzer Programm der PDS von 2003:

"Demokratischer Sozialismus entsteht in der Gesellschaft und aus ihr heraus – oder überhaupt nicht."

In der gesamten Geschichte der Programmatik der Linkspartei war dieses Verständnis vom demokratischen Sozialismus heftig umkämpft. So war zum Beispiel zum Entwurf des Chemnitzer Programms in der "Welt" vom 28.4.2001 aus prominenter PDS-Feder das Missverständnis zu lesen: "Der Entwurf soll ein deutliches Signal sein, dass die PDS den Kapitalismus nur noch gestalten, verwalten und regulieren, aber nicht mehr überwinden will." Obwohl im Programm eindeutig formuliert wurde: "Wir kämpfen für die Überwindung des Kapitalismus, weil wir in einer Gesellschaft von Freiheit, Gleichheit und Solidarität leben wollen."

Die Schwierigkeit für die Kritiker bestand – und besteht – darin, sich Transformationsprozesse im Kapitalismus verbunden mit Prozessen über ihn hinaus als zwei Seiten ein und desselben Prozesses nicht vorstellen zu können. Das wiederum deshalb nicht, weil dies das Vorhandensein, die Anerkennung, Ausschöpfung und Entfaltung von Zivilisations- und Evolutionspotenzialen bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften voraussetzt, von Modernepotenzialen also – trotz Ausbeutung, Unterdrückung und Missachtung von Menschenrechten. Ein Anknüpfen der Linken an Modernediskurse erscheint aber manchen Linken suspekt. So

hieß es in der Auseinandersetzung eines Leipziger Wissenschaftlers mit dem zur Weiterführung der Programmdebatte in Vorbereitung des Chemnitzer Programms erschienenen Band "Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus" an die Adresse der Autoren dieses Buches gerichtet: "Ihr Gesellschaftskonzept ist ein Hybridprodukt, bei dem unklar bleibt, wo die 'moderne Gesellschaft' aufhört und der Kapitalismus beginnt und umgekehrt" (Wagner, 1998:15). Dies bedeute "in Wirklichkeit nicht die Überwindung der kapitalistischen Moderne und das Entstehen einer modernen sozialistischen Gesellschaft, sondern 'Sozialismus' auf dem Boden des Kapitalismus" (ebenda: 16). Und das sei eine "modische Chimäre" jenseits des Marxismus.

Aber Marx hob hervor: "Kapital und Lohnarbeit sind zwei Seiten eines und desselben Verhältnisses. Die eine bedingt die andere." (Marx, 1959, MEW. Bd. 6: 410) Die Entfaltung des Kapitalverhältnisses war und ist stets eine Entfaltung sich widersprechender Interessen, die gegensätzliche Entwicklungen hervortreiben. Bereits im Rahmen des Kapitalismus setzen die gesellschaftliche Linke und mit ihr verbundene demokratische humanistische Kräfte dem Profitprinzip des Kapitals einen grundsätzlich anderen Maßstab einer gesellschaftlichen Transformation entgegen. Karl Polanyi hob deshalb in seinem Werk "The Great Transformation" eine Doppelbewegung des Kapitalismus hervor, die zwischen Kapitallogik und sozialökologischer Logik verläuft.

In den Berliner "Programmatischen Eckpunkten" für die Partei DIE LINKE vom 16. Juni 2007 wird zum ersten Mal trotz allen Widerstandes zuvor ein solcher Transformationsprozess ausdrücklich als eine programmatische Grundlage der Partei benannt:

"Ziel des Demokratischen Sozialismus, der den Kapitalismus in einem transformatorischen Prozess überwinden will, ist eine Gesellschaft, in der die Freiheit des anderen nicht die Grenze, sondern die Bedingung der eigenen Freiheit ist. Dazu machen wir uns im Hier und Heute auf den Weg, gegen Ausbeutung des Menschen durch den

Menschen und gegen patriarchale und rassistische Unterdrückung."

Der demokratische Sozialismus wird mit Kämpfen um einen progressiven Transformationsprozess schon im "Hier und Heute" verbunden. Aber die Transformation soll in diesem Prozess den Einstieg in eine Überwindung des Kapitalismus, in eine Große Transformation also, ermöglichen.

Aber dann, in den Diskussionen im Rahmen der Programmkommission zur Vorbereitung des inzwischen beschlossenen neuen Parteiprogramms, kam es zu einer absurden Abstimmung darüber, ob der demokratische Sozialismus - auch! - als ein Such- und Lernprozess zu verstehen ist oder als eine Vision der Sozialistinnen und Sozialisten. Beschlossen wurde mit Stimmenmehrheit, dass er eine Vision sei, dass Künftige also, und nicht auch schon die Suche danach auf heutigen und kommenden verschlungenen Wegen.

Doch in einem frühen Entwurf des gegenwärtigen Programms wurden in der Präambel drei Grundideen dieses Programms formuliert. Eine davon war die Erwartung eines längeren emanzipatorischen Transformationsprozesses. Und in einem weiteren, von Lothar Bisky eingereichten Entwurf war formuliert: "

"Demokratischen Sozialismus verstehen wir als einen transformatorischen Prozess, der auf Entfalten und Ausschöpfen gegenwärtiger gesellschaftlicher Entwicklungspotenziale setzt, auf Protest und Widerstand, auf Verantwortung für gestaltende Reformen im Gegebenen und deren Öffnung für die Überschreitung der Grenzen des Kapitalismus. Dazu gehören kleine Schritte und große Brüche, die Veränderungen der herrschenden Eigentums-, Verfügungs- und Machtverhältnisse bewirken."

Schließlich blieb dieser Gedanke erhalten. Aber mit dem Begriff der Transformation als einem von drei Grundgedanken des ganzen Programms sogar gleich in der Präambel konnte sich die Redaktionskommission als Ganze schließlich doch nicht anfreunden. Jetzt ist in der Präambel von einem längeren emanzipatorischen Prozess die Rede, in dem die Vorherrschaft des Kapitals über-

wunden wird und die Gesellschaft des demokratischen Sozialismus entsteht. Der explizite Begriff der doppelten Transformation hat bisher noch nie in die Programmatik der Linken Eingang gefunden.

Meine Empfehlung an die Parteispitze ist, das Transformationskonzept nicht wieder allein den Konjunkturen der Programmdebatte zu überlassen, sondern im Ergebnis ihrer eigenen wissenschaftlich-politischen Diskussion dieses Ansatzes als wesentliche theoretische Grundlage linker Strategie anzusehen. In einem Jahrhundert wissenschaftlicher Umwälzungen steht es einer linken Partei gut an, sich auf zwei Standbeine zu stützen: auf den reichen Quell praktischer Erfahrungen von Betroffenen und Akteuren und der Teilnahme an ihren Kämpfen, aber eben auch auf linke wissenschaftliche Diskurse.

Immer in der Geschichte der Linken berief sie sich entweder explizit auf Revolutionstheorien oder auf reformistische Theorien. Warum in aller Welt sollte sie jetzt, wo das Entweder-Oder nicht mehr funktioniert, auf die Kombination der Stärken beider Richtungen und auf den Abschied von ihren Schwächen in Gestalt einer Theorie der Transformation verzichten?

Dies sind die politischen Vorzüge des Konzepts einer doppelten Transformation:

1. Es bedeutet Aufheben als Bewahren der Stärken von Reform und Revolution in etwas Drittem, in der Transformation. Und diese bedeutet ebenso Aufheben als Überwinden der Schwächen und Grenzen von Reform und Revolution.

2. Das Konzept einer doppelten Transformation begründet eine *Realpolitik* der Linken als Orientierung auf eine postneoliberale progressive bürgerliche Transformation auf absehbare Zeit. Und es begründet zugleich eine linke *radikale* Politik, weil es ein Hineinholen des Einstiegs in eine Hoffungslandschaft, in eine große, den Kapitalismus überschreitende Transformation in die noch bürgerliche, aber schon nicht mehr neoliberale, nicht mehr finanzmarktgetriebene Gesellschaftsentwicklung bedeutet.

3. Eine doppelte Transformation macht verständlich, inwiefern demokratischer Sozialismus sowohl Ziel als auch "tendenzkundi-

ger Weg" (Bloch, 1985: 5) und Werteorientierung für beides ist.

4. Eine doppelte Transformation macht den demokratischen Sozialismus zu einer irdischen Entwicklung im Gegenwärtigen, weil sie stark auf das in den gegebenen Verhältnissen Machbare an Verbesserungen für die Menschen zielt, ohne im geringsten weiterreichende Ziele aufzugeben.

5. Eine darauf beruhende Strategie eröffnet im Hier und Heute breite Bündnismöglichkeiten, weil die Bürgerinnen und Bürger nicht vor die Entscheidung Kapitalismus oder sozialistische Revolution gestellt werden.

Sollten wir nicht diese Vorzüge der Konzeption einer doppelten Transformation ausdrücklich der Strategie und radikalen Realpolitik der LINKEN zugrunde legen - vielleicht mit einer Prise Dank an Bernd Ihme für seinen Anteil am programmatischen Weg zu diesem Konzept?

Literatur

Bloch, Ernst, 1985: Das Prinzip Hoffnung. Frankfurt/Main

Wagner, Ingo, 1998: Moderner Sozialismus als sozialistische Moderne. In: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, Heft 4

Christa Luft

Die LINKE und die Eigentumsfrage – nach dem 20. Jahrhundert und im Zeitalter der digitalen Revolution



„Die Linken können es nicht lassen, immer auf der Eigentumsfrage herumzureiten“, höhnten zu meiner Bundestagszeit (1994 bis 2002) dem neoliberalen Mainstream verhaftete Abgeordnete vor allem aus der CDU/CSU- und der FDP-Fraktion. Daran hat sich nach meiner Beobachtung bis heute nichts geändert. Dabei hat die Eigentumsfrage historisch für gesellschaftliche Veränderungen immer eine entscheidende Rolle gespielt. Das ist keine ideologisch überhöhte linke Propaganda-These. Das ist politische Alltagserfahrung auch und besonders seit der sogenannten Wende bis in die Gegenwart.

Als 1989/90 der osteuropäische Realsozialismus implodierte, wurde die Eigentumsfrage zwecks rascher Restauration des Kapitalismus vehement in Angriff genommen, und zwar durch Kursnahme auf radikale Privatisierung des Volkseigentums. Denn wirtschaftliche Macht, das wissen die Protagonisten des kapitalistischen Systems genau, bedeutet auch politische Macht. Besonders

auffällig demonstrierte und demonstriert das die FDP. In der Finanzkrise und im Zuge des Umgangs mit Pleite-Banken wettete der damalige FDP-Chef Westerwelle gegen eine mögliche Bankenverstaatlichung. Ihm schwante eine „DDR light.“ Sein Parteikollege Solms sah in einer Enteignung von Aktionären der Hypo Real Estate ein Instrument sozialistischer Planwirtschaft. Wiederholt schon versuchten die Freidemokraten, Artikel 15 aus dem Grundgesetz zu tilgen. Der lässt die Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln gegen Entschädigung zu. Man wolle, so die FDP, keine Spielräume für sozialistische Experimente.

Es kümmert Neoliberale nicht, dass die Väter des Grundgesetzes keine Wirtschaftsverfassung festgeschrieben haben, sondern diese für unterschiedliche politische Kräfteverhältnisse und den möglichen Wechsel zwischen parlamentarischen Minderheiten und Mehrheiten bewußt offenhielten. Von Grundgesetzwidrigkeit kann demnach keine Rede sein, wenn hier und dort mal verstaatlicht oder auch enteignet wird. Schon gar nichts hat das mit einem Hauch von Sozialismus zu tun. Kritiker gegenwärtiger Staatseingriffe schüren Angst vor einem verblicheneren System, um ihr eigentliches Interesse zu verdecken: Sicherung ungezügelter Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums nach oben, freie Bahn für die Privatisierung öffentlichen Eigentums, Abbau von Regulierungen.

Eingedenk der historischen Rolle des Eigentums hat sich die PDS von ihrer Gründung an und später DIE LINKE dieser Frage programmatisch gewidmet und dabei Schlußfolgerungen aus dem gescheiterten System gezogen.

Auf dem *Wahlparteitag der PDS am 25. Februar 1990* wurde ein Programm¹ ange-

¹ Dietz Verlag Berlin 1990.

nommen, in dem sich zur Eigentumsfrage das niederschlug, was vor allem in den 1980er Jahren in der DDR an verschiedenen wissenschaftlichen Einrichtungen an wirtschaftsreformerischen Ideen gereift war, um Defizite und Hemmnisse in der realsozialistischen Wirtschaftspraxis zu überwinden. Diese Ideen hatten ihren Platz bereits im Reformkonzept der Modrow-Regierung² gefunden. Ich kann hier nur die wichtigsten Punkte hervorheben:

1. Das Bekenntnis zu *vielfältigen Formen des Eigentums an Produktionsmitteln* und zu deren gleichen Wettbewerbschancen. Einen gewichtigen Platz sollte gesellschaftliches/Volkseigentum vor allem im Infrastrukturbereich und der öffentlichen Daseinsvorsorge einnehmen; aber privates Handwerk und Gewerbe, kleine und mittelständische Privatunternehmen in Produktion, im Hotel- und Gaststättenwesen sowie im Dienstleistungswesen sollten – anders als im DDR-Realsozialismus der 1970er und 1980er Jahre – ein starkes Gewicht haben. Erstmals wurde kleines und mittleres Unternehmertum (KMU) nicht mehr lebensfremd als Übel, als Muttermal des Kapitalismus gebrandmarkt, sondern als für Kreativität, Flexibilität, für Innovationsgeist unverzichtbar angesehen. Diese Position war gewiß noch nicht Allgemeingut der damaligen Mitgliedschaft und war dann vor allem in den weiteren 1990er Jahren Gegenstand heftiger innerparteilicher Auseinandersetzungen. Wegen meines Einsatzes dafür, kleinen und mittleren Unternehmen in der Wirtschaftspolitik der PDS sowie in parlamentarischen Initiativen der PDS-Bundestagsgruppe/-fraktion gebührenden Raum zu geben und ihre Inhaber als Bündnispartner zu gewinnen (1994 war ich zur Vorsitzenden des neu gegründeten Offenen Wirtschaftsverbandes für kleine und mittelständische Unternehmen, Freiberufler und Selbständige „OWUS“ gewählt worden), hielt mir zum Beispiel meine damalige Bundestagskollegin Angela Marquard vor, mit der Position wäre ich besser in der FDP aufgehoben. Nicht nur, dass sie und alle,

die so ähnlich dachten, noch an altem Denken klebten, sie ignorierten auch, dass gerade in Ostdeutschland zehntausende hochqualifizierte Ingenieure, Facharbeiter, auch Wissenschaftler arbeitslos wurden und nur in der Selbständigkeit eine Perspektive für sich und ihre Familien sahen.³ Übersehen wurde auch, dass fortgesetztes Outsourcing von Produktions- und Serviceleistungen aus Konzernen in West und Ost ständig neue kleine Unternehmen schafft, deren Inhabern es finanziell und sozial oft schlechter ging und geht als vielen abhängig Beschäftigten. Sie hatten und haben mit Selbstaussbeutung zu kämpfen. Und deren Probleme sollte die PDS in ihrer Politik nicht artikulieren und ihre Anliegen nicht aktiv unterstützen? Natürlich wäre es verfehlt zu behaupten: Ein Kleinunternehmer denkt immer sozial, und ein Konzernboss ist per se ein skrupelloser Ausbeuter. Aber inzwischen ist ein konstruktives Verhältnis der sozialistischen Partei zu den KMU wohl weitgehend akzeptiert.

2. Staatlich verwaltetes Eigentum sollte durch die *reale Verfügung der Produzenten* über die Mittel und Ergebnisse der Produktion zu wirklichem Volkseigentum, d. h. seine gefühlte Anonymität überwunden werden und eine tatsächliche Produktionsdemokratie zur Demokratisierung der Gesellschaft beitragen. Diese Grundposition, so scheint mir, ist weitestgehend Konsens. Aber *wie* diese Demokratisierung konkret erfolgen soll, damit das keine Floskel bleibt und nicht unrealistische Erwartungen weckt, bezogen auf diese Fragen gibt es bis hin zum Erfurter Programm von 2011 noch beachtliche Leerstellen, wenig wirklich Mobilisierendes. Ich komme darauf zurück.
3. Für die Bauern wurde 1990 eine sichere Perspektive in *Genossenschafts- bzw. anderen Betriebsformen* gesehen, die sich als juristisch und ökonomisch ei-

² Siehe Beilage der DDR-Wochenzeitung „Die Wirtschaft“ vom 1. Februar 1990.

³ Ein Beispiel: Die meisten der heute fast 140.000 Selbständigen in Brandenburg sind nicht aus einem Beschäftigungsverhältnis heraus gestartet, sondern aus der Arbeitslosigkeit. Siehe dazu: EuroActiv.de SpezialReport: Junges Unternehmertum, vom 30. November 2012

genständige Unternehmen auf dem Markt zu bewähren hätten. Und sie haben sich trotz mannigfacher, von der altbundesdeutschen Agrarlobby initiiert politischer Schwierigkeiten seit über zwei Jahrzehnten behauptet,⁴ wenngleich sie ebenfalls den Gesetzmäßigkeiten und Erfordernissen der kapitalistischen Produktionsweise unterworfen sind. Dass dieser Weg in der ostdeutschen Landwirtschaft besritten werden konnte, ist besonders auf die von der Modrow-Regierung erreichte Sicherung der Ergebnisse der Bodenreform zurückzuführen.

4. Einem Paukenschlag gleich kam das *Bekanntnis zu* einer am Gemeinwohl der Gesellschaft und am Wohl jedes einzelnen orientierten *Marktwirtschaft*, einer Marktwirtschaft mit sozialer und ökologischer Zielsetzung bei strategischer Wirtschaftssteuerung durch den Staat. So etwa stand es auch im Wirtschaftsreformkonzept der Modrow-Regierung. Ein Paukenschlag war das, weil doch die sozialistische Planwirtschaft jahrzehntelang als der der Marktwirtschaft überlegene Gegenpol propagiert worden war. Unter dem schockierenden Eindruck der gescheiterten Planwirtschaft in der DDR und anderen sozialistischen Ländern wurde die Marktwirtschaft im 1990er PDS-Programm nicht als Widerspruch zu sozialistischen Wertvorstellungen gesehen. „Die Partei des Demokratischen Sozialismus tritt für eine Marktwirtschaft ein, weil sie einen raschen wissenschaftlich-technischen Fortschritt und eine hohe ökonomische Effektivität ermöglicht. Insofern ist sie das entscheidende Mittel,

⁴ Im Jahre 2012 wurden rund 27 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche und der Tierbestände in den neuen Bundesländern durch Agargenossenschaften und weitere 46 Prozent der Flächen sowie der Tierbestände in gemeinschaftlichen Formen der Produktion und Arbeit als Personengesellschaften, GmbH und anderen bewirtschaftet. Siehe: Hans Watzek: Strukturwandel vollzieht sich rasant. In: Neues Deutschland vom 30. 11. 2012. Mit der Verbreitung von Genossenschaften in ganz Deutschland befasst sich Heinz Bierbaum in „Wirtschaft solidarisch gestalten! Die Aktualität von Genossenschaften. In: Sozialismus 12/2012

um hohe Leistungen zu stimulieren und auf effektive Weise Bedürfnisse der Produzenten und Konsumenten zu befriedigen und den wachsenden sozialen Ansprüchen zu genügen.“⁵ Diese Sicht, in der Wendezeit mehrheitlich in der Mitgliedschaft zumindest toleriert, bewegte anschließend und bewegt bis heute nicht wenige Gemüter in den verschiedenen Flügeln der LINKEN. „Markt oder Staat“ dürfen aber nicht als Alternativen bei der Suche nach einem zukunftsfähigen Wirtschaftsmodell gesehen werden. Plan und Markt sind keine unversöhnlichen Gegensätze. Die Rolle als Organisator und Hüter des Gemeinwohls kann nur der Staat ausüben. Er darf sich die Definitionsmacht darüber, wie Märkte funktionieren sollen, nicht aus der Hand nehmen lassen. Er muß eine langfristige, auf soziale Gerechtigkeit und ökologische Verträglichkeit gerichtete Ressourcenplanung mit kluger Nutzung von Marktsignalen verbinden. Staatliches Handeln darf nicht zwangsläufig zur Strangulierung privater Initiativen führen. Märkte gilt es zu regulieren, nicht abzuschaffen. Abzulehnen ist ein Staat, der dirigistisch Entscheidungen vorschreibt, aber auch ein solcher, in dem Wirtschaftslobbyisten der Politik die Richtung vorgeben.

Ausgewählte Probleme, deren tiefere Erörterung m. E. im weiteren programmatischen Prozeß ansteht

Eigentumspflicht ins Zentrum der weiteren programmatischen Arbeit stellen statt der Eigentumsformen

Die Eigentumsdebatte verengt sich häufig allzusehr auf die Auseinandersetzung um *Eigentumsformen*. Das reizt dann dazu, sie als ideologiebefrachtet abzutun. Viel grundsätzlicher gilt es nach meiner Auffassung die *Eigentumspflicht* zu betonen – egal, ob es sich um privates, öffentliches oder kommunales Eigentum handelt. Sie bildet das Fundament des Sozialstaates. Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung hat das kürzlich treffend so formuliert: „Der Artikel 14 Absatz 2 des Grundgesetzes (also 'Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll

⁵ Dietz Verlag 1990, S. 93

zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen.') ist keine Jugendsünde der Bundesrepublik. Dieser Artikel ist auch kein sozialistischer Restposten. Er ist das vergessene Fundament des deutschen Sozialstaates. ... Er formuliert eine Grundpflicht, die im Staat des Grundgesetzes nicht ernst genug genommen wird.... Reichtum verpflichtet - den armen Gesetzgeber und den reichen Privatmann.“⁶ Artikel 14/2 des Grundgesetzes bleibt so etwas wie ein kategorischer Imperativ für die Programmatik der Partei DIE LINKE.

Ähnliche Gebote wie im Grundgesetz finden sich in den Landesverfassungen. Dazu hier eine Auswahl:

„Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens steht das Wohl des Menschen. Der Schutz seiner Arbeitskraft hat Vorrang vor materiellem Besitz. Jedermann hat ein Recht auf Arbeit.“ (Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen, Artikel 24)

„Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.“ (Bayrische Landesverfassung, Art. 151,1)

„Die Wirtschaft hat die Aufgabe, dem Wohle des Volkes und der Befriedigung seines Bedarfes zu dienen.“ (Saarländische Verfassung, Art.43)

Auch diese Gebote gilt es immer wieder ins Blickfeld zu rücken.

Eigentumsvielfalt und Eigentumstransformation

Dass eine solidarische Wirtschaftsordnung auf einem Eigentumsmix beruhen soll, ist inzwischen mehrheitlich akzeptiert in der LINKEN. Weitgehend Konsens ist auch folgende, 2011 im Erfurter Programm beschlossene Zielstellung: „Die Daseinsvorsorge, die gesellschaftliche Infrastruktur, die Finanzinstitutionen und die Energiewirtschaft gehören in öffentliche Hand und

müssen demokratisch kontrolliert werden. Sie dürfen nicht nach dem Profitkalkül privater Unternehmen geführt werden.“⁷ Die Rede ist also nicht mehr nur davon, dass sich die Linke der weiteren Privatisierung öffentlichen Eigentums entgegen stellen wird, sondern auch, dass sie sich für die Überführung/Rücküberführung privaten Eigentums in gesellschaftliches Eigentum einsetzen will.

Hilflos, ja unentschlossen klingt allerdings der Satz: „Strukturbestimmende Großbetriebe der Wirtschaft wollen wir in demokratische gesellschaftliche Eigentumsformen überführen. [...] Auf welche Bereiche, Unternehmen und Betriebe sich die demokratische Vergesellschaftung erstrecken und in welchen öffentlichen oder kollektiven Eigentumsformen [...] sie sich vollziehen soll, muß im demokratischen Prozess geklärt werden.“

Dies ist zweifelsohne eine Kompromissformel, hinter der sich sowohl Unsicherheit unter den Mitgliedern der Programmkommission über das alltagspraktische Vorgehen als auch Uneinigkeit über die politische Zweckmäßigkeit des Ziels überhaupt verbirgt. Ohne Präzisierung bleibt die Orientierung aber schwammig. Außerdem sind mit Infrastruktur, Daseinsvorsorge, Finanzinstitutionen und Energiewirtschaft, die lt. Programm „in öffentliche Hand gehören“, bereits wichtige Bereiche mit relevanten „strukturbestimmenden Großbetrieben“ umrissen, auf die die Überführung in „gesellschaftliche Eigentumsformen“ zutreffen kann und auch vorrangig wäre, z. B. die Deutsche Bahn AG, Energiekonzerne, zumindest deren Netze, oder Wasserversorger.

Eine Präzisierung ist anzuraten, um den vom neoliberalen Mainstream geschürten und von vielen Medien transportierten Ängsten in Wirtschaftskreisen sowie in Teilen der Bevölkerung vor angeblichen radikalen Enteignungsbestrebungen der LINKEN offensiv entgegenzuwirken. Dazu müßten die *vielfältigen Wege* einer möglichen Eigentumstransformation hin zu einer postkapitalisti-

⁶ Heribert Prantl, Süddeutsche Zeitung vom 18. September 2012

⁷ Programm der Partei DIE LINKE, Beschluß der 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE am 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt

schen Gesellschaft anschaulich umrissen werden:

- *Kauf/Rückkauf privater Unternehmen*, aktuell z. B. in Form der Rekommunalisierung vormals privatisierter oder teilprivatisierter Versorgungsunternehmen. Quer durch die Bundesrepublik wehren sich immer mehr Kommunen gegen eine Privatisierung ihrer Energie- und Wasserversorgung oder machen diesen Schritt unter dem Stichwort Rekommunalisierung rückgängig;
- *Kreierung öffentlichen Eigentums*, indem Bund bzw. Land Forschungs- oder Investitionssubventionen an Konzerne im Gegenzug zu einem entsprechenden Aktienpaket gewähren und dieses zur demokratischen Einflußnahme auf strategische Entscheidungen nutzen. Auch der Erwerb von Aktien durch Bund/Land kann eine Option sein;
- *Neugründung von öffentlichen Betrieben und Einrichtungen* in arbeitsmarktpolitisch relevanten Bereichen oder öffentliche Investitionen in bestehende Einrichtungen bzw. Bereiche der Wissensproduktion;
- *Ausdehnung des gemeinwohlorientierten Non-Profit-Sektors* in Genossenschaften oder in Vereinsform;
- *Errichtung gemeinnütziger Stiftungen*;
- *Enteignung* als radikale Form der Transformation von Eigentumsverhältnissen. Lt. Grundgesetz Art. 14.2) ist die Enteignung privater Flächen gegen Entschädigung möglich z. B. für den Straßenbau oder die Rohstoffgewinnung. In der Finanzkrise war sie sogar ein Weg zur Sanierung „systemrelevanter“ Banken mit öffentlichem Geld. In diesem Zusammenhang ist es angeraten, sich dezidiert auf den Rechtsdenker und früheren Verfassungsrichter Böckenförde zu beziehen. Er hatte 1995, als Karlsruhe die damalige Art der Erhebung der Vermögenssteuer als verfassungswidrig einstufte, in sein Minderheitenvotum den Satz geschrieben, dass die Sicherung unbegrenzter Eigentumsakkumulation nicht Inhalt der Eigentumsgarantie sei. „Es wird Zeit zu kapieren, wie wahr dieser Satz ist – und dann die Folgen daraus zu ziehen,“

mahnt Prantl.

Zu empfehlen ist ein sorgfältiger, ein präziser Umgang mit dem Begriffsapparat. In den verschiedenen Programmen der LINKEN wird „das Gemeineigentum je nach Belieben als gesellschaftliches, öffentliches oder staatliches bezeichnet, ohne dass Unterschiede erkennbar wären“, moniert m. E. zu Recht Daniela Dahn. Sie fragt: „Täten linke Parteien nicht gut daran, solange der Staat nur Handlanger und Befehlsempfänger der Wirtschaft ist, ‚Staatseigentum‘ als anzustrebendes Ziel ganz zu streichen?“⁸ Eine überlegenswerte Position! Denn tatsächlich ist ja der Staat in der Gesellschaft, in der wir leben, heute mehr Getriebener des Kapitals als Akteur im Interesse der Allgemeinheit.

Demokratisierung der Wirtschaft

Ohne Demokratie in der Wirtschaft lassen sich die Interessen der Allgemeinheit gegenüber engen Profitinteressen nicht durchsetzen. Die Demokratie bleibt unvollkommen. „Deshalb“, so heißt es im Erfurter Programm, „sehen wir in der Wirtschaftsdemokratie eine tragende Säule des demokratischen Sozialismus. Mehr Demokratie in der Wirtschaft durchzusetzen, war schon immer ein wichtiges Anliegen der Arbeiterbewegung. Wir sehen uns in dieser Tradition.“ Wie aber soll, wie kann *aus dem Axiom Aktion* werden? Dazu einige Überlegungen, auch Fragen:

- Überführung in Gemeineigentum muss, wo sie stattfindet, durch *Vergesellschaftung* ergänzt werden, durch demokratische Mitbestimmung und Kontrolle, aber auch durch Eigentumsbeteiligung der Mitarbeiter. Wie allerdings Belegschaftseigentum – wenn dies denn eine programmatische Forderung bleibt – tatsächlich funktionieren soll, muss genauer erklärt werden, wenn diese Forderung nicht zu einer realitätsfremden Erwartung mutieren soll. Dabei wäre eine kritische Auswertung jugoslawischer Erfahrungen mit dem Modell der „Selbstverwaltung der Produzenten“ in der zweiten Hälfte

⁸ Daniela Dahn „Wem zum Teufel gehört das Staatseigentum?“ In: Freitag Nr. 21, 27. 5. 2010

des 20. Jahrhunderts zwingend.⁹ Beteiligung der Mitarbeiter bedeutet ja nicht nur Teilhabe am von ihnen erarbeiteten Betriebsvermögen und an Unternehmensentscheidungen. Es kann auch zu Verlusten, gar zum Betriebskonkurs kommen. Wie sollen solche Risiken und mit welchen Konsequenzen von der Belegschaft mit getragen werden? Was bedeutet das für den Einfluss der Gewerkschaften?

- Wie könnten/müssten Beschäftigte, die ihren Betrieb in Belegschaftseigentum übernehmen wollen, so *vorbereitet* werden, daß sie in Fragen des Managements, der Betriebswirtschaft, des Marketing, des Controlling und des Umgangs mit den Bankinstituten usw. hohe Professionalität gewinnen? Auf welche unparteiischen, loyalen Fachpotenziale können sie zurückgreifen oder wie können diese geschaffen werden?
- Wer definiert *Produktionsziele* in einer demokratisch organisierten Wirtschaft oder in einem Betrieb im Mitarbeiterigentum? Welche Rolle spielen dabei abhängig Beschäftigte und berücksichtigen diese mehr die eigenen Interessen oder auch die der Konsumentinnen und Konsumenten, der Verbraucherinnen und Verbraucher? Wie sollen in wirtschaftsdemokratischen Gremien verschiedene Gruppen mit unterschiedlichen Blickwinkeln und Interessen einbezogen werden (z. B. Umwelt- und Sozialverbände)?
- „Welches Interesse soll eine Betriebsbelegschaft an der Schaffung weiterer Arbeitsplätze [...] haben, wenn das persönliche Einkommen vom betrieblichen Einkommen abhängt, wenn also mit der Schaffung weiterer Arbeitsplätze sich mehr Beschäftigte in das verteilbare betriebliche Einkommen teilen müssen? Unvermeidlich auch das Interesse der Belegschaften an hohen Preisen ihrer eigenen Erzeugnisse, was einen Preissteigerungswettbewerb zur Folge hat.“¹⁰

- Ist es nicht zu eng, die Demokratisierung der Wirtschaft auf traditionelle Modelle wie Wirtschafts- und Sozialräte oder Maßnahmen der Belegschaftsbeteiligung am Betriebseigentum und an betrieblichen Entscheidungen zu reduzieren? Gilt es nicht auch *die Marktmacht der Verbraucherinnen und Verbraucher, der Kundinnen und Kunden, der Anlegerinnen und Anleger* zu aktivieren? Sie müssen sich als aktive Marktteilnehmer begreifen statt als passive Objekte unternehmerischer Angebotsstrategien. Mit ihrem Verhalten können sie sehr wohl auf das Geschäftsgebaren von Wirtschaftsunternehmen Einfluß nehmen. Deren Macht kann/soll/muss eingeschränkt werden durch Stärkung der Konsumenten- und Bürgermacht. Was heißt das konkret? Damit Konsumenten/Verbraucher verantwortungsvoll in der Wirtschaft agieren können, müssen sie unverschlüsselte, verständliche Informationen über die Zusammensetzung und die Qualität der angebotenen Produkte haben, ist Transparenz hinsichtlich sozialökologischer Gebote (Ächtung von Kinderarbeit und ökologisch schädlicher Anbauverfahren, Wahrung von Mindeststandards beim Arbeitsschutz ...) erforderlich. Gesellschaftliche Kosten wie Transport- und Umweltreparaturkosten gehören internalisiert, d. h. in die Angebotspreise integriert, damit Bürgerinnen und Bürger für sach- und umweltgerechte Kaufentscheidungen entsprechende Informationen haben. Gebraucht wird ein öffentliches Bewusstsein, dass es für Schnäppchenjagd humanitäre Grenzen gibt. Dabei ist nicht der Schnäppchenjäger zu verurteilen, sondern der Schnäppchenanbieter öffentlich an den Pranger zu stellen, der es zum Beispiel zulässt, dass Frauen für miserable Löhne mitunter 14 Stunden am Tag und ohne Schutzmaßnahmen arbeiten. Es kann nicht um Eingriffe in den individuellen Lebensstil der Bürger gehen, aber um *Verbraucherbildung* beginnend in der Schule, um *kritischen Konsum*.

⁹ Harry Nick hat sich mit dem jugoslawischen Modell der „Selbstverwaltung der Produzenten“ befasst und eine kritische Einschätzung gegeben. In: Ökonomiedebatten in der DDR, GNN Verlag 2011, S.27-32

¹⁰ Nick, Harry: a.a.O., S. 31

Die digitale Revolution und das geistige Eigentum

Diese Problematik ist im Erfurter Programm unterbelichtet. Die hiermit verbundenen gesellschaftlichen Konflikte werden nur

schwach aufgegriffen, noch weniger werden dazu Lösungsvorschläge angeboten. Es heißt lapidar: „Das Internet ist für DIE LINKE ein öffentliches Gut, die Netzinfrastruktur gehört unter gesellschaftliche Kontrolle und muß demokratisiert werden.“ Wie aber damit umgehen, dass mit der Verbreitung des Internet die Auseinandersetzung um das Urheberrecht neue Ausmaße und größere Schärfe angenommen hat? Immerhin lassen die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien sowie die Digitalisierung geistig-kreativer Schöpfungen das Kopieren, Weitergeben und Nutzen von Musikstücken, Drehbüchern usw. ohne Qualitätsverlust zu. Das führt zu erheblichen Einnahmeverlusten der Schöpfer wie auch zu Umsatzverlusten der Verlage.¹¹ Die Kreativen haben ebenso wie ihre Vermarkter, die Rechteinhaber, die Kontrolle über die Zirkulation ihrer Werke verloren.¹²

Es ist wenig hilfreich, sich nur über die Frage zu streiten, ob es überhaupt geistiges Eigentum gibt. Am Kern vorbei führt auch die bloße Aufregung über Online-Piraterie, über Gratismentalität der Nutzenden. Wichtig wären konstruktive Vorschläge

- wie das Urheberrecht für das Internetzeitalter weiterzuentwickeln ist;
- wie die Rechte der Urheberinnen und Urheber gestärkt werden können und gleichzeitig der Informationsfluß im Netz zu gewährleisten ist;
- wie es zu einem Interessenausgleich zwischen den Kreativschaffenden, den Rechteinhabern und Nutzenden kommen kann;

¹¹ Die durch „illegale Downloads“ entgangenen kumulativen Umsatzverluste der *Creativen Industries* der Europäischen Union schätzt ein Beratungsunternehmen für Informations- und Kommunikationsdienstleistungen bis zum Jahre 2015 auf 240 Mrd. Euro, was einen Verlust von 1,2 Mio. Arbeitsplätzen bedeuten soll.

¹² DIE LINKE hat im Jahre 2012 eine grundlegende Reform des Urheberrechts vorgeschlagen, die darauf abzielt, Kreativen bei ihren Verhandlungen mit mächtigen Medienkonzernen den Rücken zu stärken. Vgl. dazu: Petra Sitte und Kathrin Senger-Schäfer: Die Kreativen vor der Willkür der Verwerter schützen. Neues Deutschland vom 8./9. Dezember 2012.

- wie das Monopol der traditionellen Rechteinhaber mit Hilfe netzkompetenter Selbstvermarkter zu durchbrechen ist oder wie diese zu höheren und verbindlich einzuhaltenden Vergütungssätzen gezwungen werden können;
- wie eventuell eine „Kulturflatrate“, eine allgemeine Abgabe auf Breitbandanschlüsse, aussehen könnte, um die Vergütung für Urheber zu verbessern und wie dabei eine Verteuerung des Konsums für die Nutzerinnen und Nutzer verhindert werden kann, damit der Zugang zur digitalen Welt am Ende nicht noch mehr als zuvor von deren Geldbeutel abhängt.¹³

Die Fortentwicklung der Parteiprogrammatik bleibt eine Sisyphearbeit. Hoffentlich finden sich dafür auch künftig Akteure wie Bernd Ihme mit breitem Kreuz und Stehvermögen.

Lieber Bernd, lass mich mit einem Wort von Thomas Mann schließen:

„Man wird alt, gut, daran ändern wir nichts. Aber, worauf es ankommt ist, dass einem die Dinge neu bleiben und dass man sich eigentlich an nichts gewöhnt.“

Dass Du am politischen Geschehen im Kleinen wie im Großen und an der Fortentwicklung der Programmatik der Partei DIE LINKE interessiert bleibst, dessen bin ich gewiß.

Ich danke Dir bei dieser Gelegenheit nochmals gern für Deine und Monikas stete Verbundenheit und wünsche Euch beiden, Ihr seid für mich das Sinnbild einer Symbiose, das Beste für die Zukunft.

¹³ Interessante Ideen hierzu sind nachzulesen bei Sabine Nuss: Umkämpftes Copyright. Der Streit um das geistige Eigentum. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/2012, S. 94 ff

Dringende Weichenstellungen in die Zukunft vornehmen



Grundsatzprogramme in Parteien mit verschiedenen ideologischen und politischen Strömungen bringen mehr Probleme als Lösungen. Das gilt besonders Parteien, die mit Ideologie aufgeladen sind, zumal in deren Gründungsphase. Für programmatische Debatten linker Parteien in einem weiteren Sinne ist die Frage entscheidend, welchen Charakter soll die Partei auszeichnen: Will sie vor allem „Systemoppositionspartei“ sein oder strebt sie in erster Linie nach Verbesserungen für einen großen Teil von Menschen, vor allem für die sozial Benachteiligten? Will sie sich auf den Charakter einer Protestpartei fokussieren oder will sie mehr sein? Versteht sie sich als einzige „linke“ Partei gegen alle anderen „neoliberalen“ Parteien oder betrachtet sie sich als Teil einer breiter verstandenen Linken? Ist die Partei kompromissfähig oder nicht? Wird sie in der Lage sein, Alternativen für heute, morgen und übermorgen anzubieten oder bleibt sie dabei in den 1970er Jahren verhaftet? Will sie dem uferlosen Linkspopulismus fröhnen oder begnügt sie sich mit einem gemäßigten linken Populismus? Letzteres ist entscheidend, ob die Menschen den Alternativen Realitätstauglichkeit zutrauen oder nicht. *Selbstverständlich geht es nicht immer bei diesen Fragen um ein*

Entweder – Oder. Aber es geht um die Hauptrichtung, die ist entscheidend.

M. E. nach darf sich DIE LINKE nicht nur als Protestpartei verstehen, aber auch nicht als Weltanschauungspartei in einem engen Sinne. Sie sollte sich als Teil einer breiter verstandenen Linken profilieren und an ihren spezifischen Reformantworten für die Zukunft arbeiten. Und sie sollte kompromissfähig und damit auch koalitionsfähig werden. (Die jetzigen zarten Ansätze in diese Richtung kommen für dieses Wahljahr zu spät.) Politisch profiliert sich die Partei seit längerem als Umverteilungspartei. Das ist wichtig, weil hier die anderen Parteien versagt haben, aber allein wird das nicht ausreichen. *Das alles verlangt eine gewisse programmatische Offenheit. Diese gilt es herzustellen.* Ich sehe dabei besonders fünf Punkte als dringlich an:

Erstens: Eine festgezurte Weltsicht unter dem Begriff „Sozialismus“ sollte relativiert werden. Natürlich ist klar, dass es sich beim Sozialismus auch um eine der großen geistigen Strömungen handelt. Aber eine Partei, die breitere, unzufriedene Schichten ansprechen will, darf sich nicht auf den Begriff Sozialismus und schon gar nicht auf den „Traditionssozialismus“ (Michael Wendl) einengen lassen. Die WASG hatte bewusst in ihrer Programmatik auf den Begriff verzichtet. Im gemeinsamen Programm der LINKEN dann wurde der Begriff dann noch enger gefasst als bei der PDS. Meine Auffassung ist: Nicht auf den Begriff verzichten, aber die Programmatik öffnen für das Ziel eine humanen Gesellschaft, die die einen als Sozialismus bezeichnen und für die andere eine andere Begrifflichkeit verwenden.

Zugleich sollte es um eine moderne Definition von Sozialismus gehen. Rainer Land hat das so ausgedrückt: „Der moderne Sozialismus wurzelt zwar im Marxismus, verlässt aber marxistische Vorstellungen in wichtigen Positionen. Er ist nicht ‚antikapitalistisch‘ im Sinne der Ablehnung einer Kapitalverwertungsökonomie, er will Kapitalver-

wertung durch gesellschaftliche Institutionen gestalten. Er lehnt Etatismus ab, ohne anti-etatistisch zu sein, denn er sieht in der Dominanz der Partei und des Parteienstaates über die Gesellschaft eine zentrale Ursache für das Scheitern des Leninschen Sozialismus und die Entstehung eines (post)stalinistischen ‚Staatssozialismus‘. Seine politische Strategie zielt nicht auf Verteidigung oder Ausbau der fordistischen Regulation des Wohlfahrtsstaates, der etatistischen Sozialsysteme – er will diese überwinden oder libertär neu verfassen. Auf den ersten Blick sieht daher vieles nach einer modifizierten Variante von Neoliberalismus aus. In Wirklichkeit aber ist es der eigentliche Antipode des Neoliberalismus.“¹ Axel Trost sieht die linke Alternative zum neoliberalen Umbau der Gesellschaft in der Errichtung eines modernen Sozialstaats, nicht im demokratischen Sozialismus. Er schreibt, dieser moderne Sozialstaat „kann nicht einfach die Kopie des ehe-, erwerbs- und erwachsenenorientierten Sozialstaates der alten Bundesrepublik sein. Er muss den neuen gesellschaftlichen und ökonomischen Gegebenheiten angepasst werden.“²

Zweitens: Eng damit verbunden ist die „Systemfrage“, die Überwindung des „kapitalistischen Systems“, verstanden als Gesellschaftssystem. Diese Jenseitsorientierung stellt die Partei außerhalb der Gesellschaft, versperrt Bündnisoptionen und entspricht nicht der Mentalität der Mehrheit der Leute, die wir erreichen wollen. Es suggeriert vor allem einen „grundlegenden Bruch“ mit dem Bestehenden. Beim Aufräumen fiel mir ein Artikel von Michael Brie aus dem Jahre 1994 in die Hände. Es ging um eine Erwiderung an Robert Kurz. Michael Brie schreibt, dass Aufhebung neben Neusetzung auch Sicherung und Bewahrung bedeutet. „Ich wende mich deshalb gegen das sich immer wieder ausbreitende Pathos des absoluten Bruchs. Es ist leer. Es könnte menschenverachtend werden, wenn es praktisch würde – so humanistisch

¹ Rainer Land, Moderner Sozialismus versus Neoliberalismus. Ein Blick zurück in die Zukunft, in: Das Argument, Nr. 233, Heft 6/1999, S. 811f.

² „Demokratischer Sozialismus ist die linke Alternative zum neoliberalen Umbau der Gesellschaft, contra zu Dieter Klein von Axel Troost, in RosaLux 1_2007, S.25.

es sich gibt. Eine Strategie der Aufhebung, die nicht beides vermag – Neusetzung von anderen Institutionen und Bewahrung erfolgreicher evolutionärer Formen ist keine Strategie der Aufhebung, sondern nur eine Strategie der Zerstörung.“³

Es gibt aber hier noch ein anderes Problem. Ist es sinnvoll DIE LINKE in Fortsetzung der kommunistischen Tradition als die Partei darzustellen, die – im Gegensatz zur Sozialdemokratie nach Godesberg – über das kapitalistische System hinausweist, die SPD hingegen mit ihren – wie auch immer garteten Position – im kapitalistischen System verhaftet bleibt? Eine solche ideologische Unterscheidung (im Unterschied zu einer politischen Unterscheidung) halte ich nicht für zeitgemäß. Die auch jetzt noch immer beschworene Unterscheidung zwischen Alternativen „innerhalb des Systems“ und über die „Grenzen des Kapitalismus hinausweisende Alternativen“ ist nur eine andere Variante der kurzschlüssigen angeblichen „Systemfrage“. Ich kann mich noch gut an die Debatten innerhalb der Jungsozialisten in den 1970er Jahren zwischen „systemimmanenten“ und „systemüberwindenden“ Reformen erinnern. Das hat gar nichts gebracht.

Es gibt aber auch hier andere Auffassungen. So antwortet Lothar Bisky in einem Interview im Tagesspiegel von 1996 auf die Frage. „Gibt es für Sie einen Weg, der außerhalb der sozialen Marktwirtschaft liegt?“ folgendes: „Zur sozialen Marktwirtschaft gibt es keine erkennbare Alternative. Aber es muss das Soziale im Vordergrund stehen. Profit darf nicht das einzige Steuerungselement dieser Gesellschaft sein. Ich gehe davon aus, dass die soziale Marktwirtschaft noch eine Reihe von Entwicklungsmöglichkeiten hat. Ich hänge jedenfalls nicht Theorien an, wonach jetzt die Krise da ist und bald alles zusammenbricht, und ich weigere mich, alle Fragen nur unter den Kategorien Macht und Eigentum zu diskutieren. Das macht Helmut Kohl, und das machen einige in der PDS. Ich nicht.“⁴

³ Michael Brie, Wider den Pessimismus der Revolutionäre, in Neues Deutschland vom 16./17. Juli 1994, S.10.

⁴ „Zur sozialen Marktwirtschaft gibt es keine erkennbare Alternative.“ Der Vorsitzende der

Und Rolf Reißig schreibt in einem Artikel über Polanyis Transformationsansatz: „Hierbei (bei einem Transformationsprozess – H. D.) geht es jedoch weder heute noch morgen um die Aufhebung der Eigenlogik des Marktes oder um das ‚Ende des Kapitalismus‘, sondern um Formen, Varianten seiner Gestaltung und vor allem um ein neues sozio-ökonomisches und sozio-kulturelles Entwicklungsmodell. Angesichts der globalisierten Welt ist dies nicht mehr allein auf nationalstaatlicher Ebene zu bewerkstelligen. Es geht vielmehr um eine globale Transformation...“⁵

Drittens: Werte als programmatische Grundlage sollten wieder ein stärkeres Gewicht erlangen. Auch das ist eine alte Debatte. Sie korrespondiert mit dem, was ich zur „Systemfrage“ gesagt habe, aber vor allem mit der Sozialismusdefinition und mit „Godesberg“. Im Jahre 2001 zur damaligen Programmdiskussion in der PDS riefen Ellen Brombacher, Sahra Wagenknecht und andere „zur Vernunft“ auf. Die Autorinnen und Autoren warfen Dieter Klein, André und Michael Brie vor, in ihrem Programmwurf würde der Sozialismus „nicht mehr aus objektiven Gegebenheiten und Tendenzen der Gegenwart abgeleitet, sondern aus subjektiv gesetzten Werten“.⁶ Genau darum geht es. Werte müssen als Grundlage einer Partei klarer und ausführlicher als Grundlage für die Transformation hin zu einer anderen Gesellschaft gestärkt werden. Hier hat es aber mit dem Programm der Linkspartei wieder eine Hinwendung zu den Positionen von Ellen Brombacher und Sahra Wagenknecht gegeben, die sich in der PDS nicht durchsetzen konnten. Sie engen aber die Möglichkeiten der Linkspartei ein. Michael Brie hat das 2008 in Bezug auf den Sozialismus noch einmal deutlich unterstrichen.

PDS, Lothar Bisky, möchte seine Partei ein Stückchen westwärts führen...Interview, in: Der Tagesspiegel vom 10.11. 1996.

⁵ Rolf Reißig, Krise und gesellschaftliche Alternative. Wie aktuell ist Polanyis Transformationsansatz? In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 4/2009, S.36.

⁶ „Wir rufen in dieser Situation zur Vernunft“, Erklärung von Ellen Brombacher, Sahra Wagenknecht, Thomas Hecker, Jürgen Herold, Heinz Marohn und Friedrich Rabe, in: PDS-Pressedienst, Nr. 21/2001, S.13.

Er sagte damals: „Von einer gestaltenden Idee (des Sozialismus – H.D.), die die Massen ergreifen könnte, weil sie darin eine konkrete Antwort auf ihre konkreten Interessen sehen würden, ist die reale Sozialismuskussion im achten Jahr des 21. Jahrhunderts weit entfernt. Ein Sprechen über den Sozialismus, dass diesen nur als ‚andere Welt‘, als ‚gute Ordnung‘ dem Kapitalismus gegenüberstellt, ohne theoretisch wie praktisch nachzuweisen, dass er wirklich eine bessere Welt wäre, ist erstens auf billige Weise verführerisch. In ihm konstituiert sich der Sprechende als ‚guter Mensch‘ und entlässt sich zugleich aus der Verantwortung für sein Denken und Tun.“⁷

Einfach und verständlich und vermittelbar wäre m. E. eine Position, die fordert: „Freiheit nicht mehr auf Kosten von Gerechtigkeit und Sicherheit, sondern Gerechtigkeit und Sicherheit als Bedingungen auch für umfassende Freiheitsrechte des Einzelnen.“⁸

Viertens: Die Antworten der 1970er Jahre durch zeitgemäße Positionen ersetzen. Ich hatte ja schon vor längerer Zeit erläutert, warum ich die Partei DIE LINKE als „konservative Sozialstaatspartei“ definiere. (In Stichworten: Vom Staat fast alles erwarten und zurück zu den Sozialstaatsregelungen der 1970er Jahre bzw. des Fordismus).

Ich bin aber jetzt ins Grübeln gekommen, weil mir ein Papier von Franz Walter „Linkspartei in ergrauter Gesellschaft“ in die Hände gefallen ist. Er schreibt. „Gerade also ein solcher Konservatismus anstelle des früheren Veränderungsfurors könnte – wenn man so will: paradoxerweise – einer Linkspartei nutzen. Im Grund braucht sie sich gar nicht verlegen gegen den Vorwurf zu wehren, eine restaurative Partei der 1970er-Jahre-Wohlfahrtsstaatlichkeit zu sein. Ihre Kernpotentials im Westen Deutschlands, die geburtenstarken Jahrgänge, sind sämtlichst durch

⁷ Michael Brie, Wer von den Stärken des Kapitalismus nicht reden will, sollte vom Sozialismus schweigen, in: Beiträge zur Klausur in Pāwesin, 30. – 31. 05. 2008, S.5, Manuskript des Bereichs Politikanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

⁸ Rolf Reißig, Krise und gesellschaftliche alternative...a. a. O., S.35.

die 1970er Jahre zuriefst geprägt worden.“⁹ Dennoch halte ich das nicht für richtig, weil es nicht nur um den Westen geht und weil sich historisch nur Dinge durchsetzen lassen, die letztlich nicht rückwärtsgewandt sind. Also: Wirtschafts- und Sozialräte sind keine adäquate Antwort auf das Demokratiedefizit von heute. Mehr Offenheit und Transparenz statt neuer bürokratischer Institutionen sind heute und morgen notwendig. Auf den Nationalstaat bezogene „Rahmenplanung“ wird die Wirtschaftsprobleme nicht lösen. Es geht um Regulierung und diese auch und vor allem international. Und die Wiederholung der alten Forderungen nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 bzw. auf 30 Stunden wird den verschiedenen Lebenslagen in verschiedenen Altersgruppen bei weitem nicht gerecht. Die heutige sehr differenzierte Arbeitswelt verlangt auch differenzierte Lösungen im Interesse der Beschäftigten. Über das Rentensystem und eine festgezurrte Altersgrenze von 65 Jahren wäre auch zu reden. Von dem sich ständig wiederholenden Ruf nach einer sogenannten breit angelegten „Vergesellschaftung“ von Banken, Versicherungen, von Großbetrieben und Konzernen ganz zu schweigen. Bei all diesen Positionen, die u. a. aus der linken Sozialdemokratie kommen (Herforder Thesen von 1981 als Beispiel), spielt das sozialpsychologische Moment eine große Rolle. Diese Kräfte hatten ja mit dem Staatssozialismus oder den Kommunistischen Parteien nichts zu tun, also auch nicht mit der großen Niederlage des Realsozialismus. Deshalb sind deren Positionen aber nicht automatisch richtig. Das Ausblenden dieser Niederlage führt historisch letztlich zur Wiederholung alter Fehler.

André Brie hat Recht: „Wir beantworten die modernen Fragen in dieser Gesellschaft nicht ausreichend, wir verteidigen Besitzstände der Vergangenheit. Wichtiges sprechen wir an, aber nicht mit der entsprechenden Kultur und nicht mit den modernen Antworten.“¹⁰ Und er kritisierte hier die rei-

⁹ Franz Walter, Linkspartei in ergrauter Gesellschaft, rls-standpunkte 18/2005, S.3.

¹⁰ André Brie über die Querelen bei den Linken, Interview, www.dradio.de/dlf/sendungen/intwerview_dlf/1440329/vom.20.04.2011.

nen Verstaatlichungskonzepte, mit denen man keinen Blumentopf mehr gewinnen könne.

Fünftens: Eine nebulöse und verklärende Rolle der Arbeiterklasse ist dringend zu überwinden. Im Programm wird zwar die Auflösung des relativ gefestigten proletarischen Milieus konstatiert, aber letztlich nur als ein erschwerendes Moment für große Massenbewegungen gesehen und die Schlussfolgerung gezogen, die Partei DIE LINKE müsse als einigende Kraft wirken. (Das ist DKP der 1970er und 1980er Jahre.) Hoffnungsvoll betont das Programm, dass die gegenwärtigen Konflikte ein „neues Klassenbewusstsein“ entstehen lassen können. Gesetzt wird auf die Entstehung und Durchsetzung von „Klassenmacht“.¹¹ Eine solche Sichtweise geht nach wie vor von einem vereinfachten Klassenschema aus, mit dem die gegenwärtigen und zukünftigen Konfliktlagen, die Interessenunterschiede und auch Gegensätze nicht erfasst werden können. Sie ignoriert allein schon die Tatsache, dass bei relativ gleicher materieller Lebenslage, die Lebensorientierungen, die Interessen und Werthaltungen höchst unterschiedlich sind. Hier wird schlicht das ausgeblendet, was linke Wissenschaftler (z. B. Michael Vester über Milieus) formuliert haben. Und nebenbei: Die bedrohten Mittelschichten werden neben die Lohnabhängigen gestellt, so als ob ein großer, wenn nicht der größte Teil der Mittelschichten nicht lohnabhängig wäre.¹²

Bernd Ihme und ich hatten in einem Beitrag zur Programmdebatte im Vorfeld des 2. PDS-Programms im Jahre 1993 u. a. folgendes geschrieben: „Die Erkenntnis, dass ‚die‘ Arbeiterklasse nicht ‚das‘ Subjekt gegenwärtiger und zukünftiger gesellschaftlicher Veränderungsprozesse ist, hat sich im Verlaufe oft heftiger Auseinandersetzungen unter den meisten Mitglieder in der PDS durchgesetzt. Die Antwort aber auf die Frage nach den gegenwärtigen Subjekten gesellschaftlicher Veränderung kommt bisher über erste Ansätze nicht hinaus. Diese Problematik gehört nach wie vor zu den

¹¹ Programm der Partei DIE LINKE, Beschluss des Parteitages der Partei DIE LINKE vom 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt, Berlin 2012, S.73.

¹² Ebenda.

offenen Fragen.“¹³ Und Lothar Bisky wünscht sich heute, dass die Linke die großen Veränderungen in unserer Arbeitswelt zur Kenntnis nimmt. Das 21. Jahrhundert könne nicht nach dem Strickmuster des 19. Jahrhunderts behandelt werden.“¹⁴

Die hier ausgeführten fünf Vorschläge haben das Ziel, DIE LINKE ins Parteiensystem zurückzuholen, selbstverständlich als radikale linke Kraft, die aber sich den neuen Herausforderungen stellt und nicht nur im Protest verharrt.

Das Wählerreservoir der LINKEN analysierend, bemerkte Horst Kahrs schon im Jahre 2006, dass die vier anderen Bundestagsparteien in einem potentiell kooperationsfähigen Verhältnis zueinander stünden, jede habe schon einmal regiert, sei etabliert usw. „Die Linke steht außerhalb dieser potentiellen Kooperationsfähigkeit, eine Entscheidung für die Linke ist eine Entscheidung gegen alle anderen Parteien und ihre Art Politik zu machen, nicht eine Entscheidung für Verschiebungen im parteipolitischen System, sondern ein Votum, dass Protest und Abkehr ausdrückt, womöglich ein Zwischenstadium zur definitiven Abkehr vom parteipolitisch geprägten Demokratiesystem.“¹⁵ Sicher hat sich das gegenwärtig etwas verändert, aber es bleibt unklar, wohin die Reise mit der Partei DIE LINKE geht.

Parteiprogramme und das Problem von Theorie und Praxis

Inhaltliche programmatische Debatten in weitem Sinne sollten auch dazu dienen, dass es eine gewisse Kongruenz zwischen Theorie und Praxis, zwischen Programm und Realität gibt. Selbstverständlich ist eine gewisse Spannung zwischen Theorie und Praxis notwendig, aber keine unüberwindliche Kluft.

¹³ Horst Dietzel, Bernd Ihme, Auseinandersetzungen zur Programmatik der PDS, Manuskript, o. Ö. und o. J., S.6.

¹⁴ Interview mit Lothar Bisky: „Ich würde es bedauern, wenn Bartsch nicht antritt.“, in: Der Tagesspiegel vom 20.05.2012.

¹⁵ Horst Kahrs, Bemerkungen zur politischen Lage im Frühherbst 2006 vom 22.8.2006, unveröffentlichtes Manuskript, S.5.

Oskar Lafontaine hat das Problem in einer Rede zur Programmarbeit der SPD im Jahre 1996 angeschnitten. Er zitierte hier Willy Brandt zum Godesberger Programm: „In dem Augenblick, da Theorie und Praxis in Einklang gebracht waren, konnte sich die Sozialdemokratie der Gesellschaft gegenüber frei eröffnen. Jetzt war sie in der Lage, sozialen Wandel aufzunehmen und konstruktiv zu beeinflussen, die Dinge selbst zu gestalten.“¹⁶ Und Lafontaine selbst schätzte damals in dieser Rede ein: „Das Godesberger Programm markiert für die Sozialdemokratie einen wichtigen programmatischen Schritt. Dieses Programm hat die Phase einer wachsenden Zustimmung für sozialdemokratische Politik eingeleitet. Es stand in Treue zu den historischen Traditionen einer aus der Arbeiterbewegung hervorgegangenen Partei, zum anderen aber auch in Übereinstimmung mit dem Lebensgefühl der Nachkriegsgesellschaft. Damit war das Godesberger Programm die Voraussetzung dafür, dass die SPD 1969 in der Bundesrepublik zur führenden Regierungspartei geworden ist.“¹⁷

Heute ist die Situation für die SPD bekanntlich eine völlig andere. Programm und Politik sind sehr weit (zu weit) auseinander gegangen. Es gibt - neben anderen - ein tiefes Glaubwürdigkeitsproblem.

Man muss hier unterstreichen, dass sich das Problem von Theorie und Praxis bei der Partei DIE LINKE etwas anders darstellt als bei der SPD. Sind die programmatischen Grundsätze und vor allem die Antworten auf die dringenden gesellschaftlichen Probleme tatsächlich Praxis tauglich (zeitgemäß), üben sie tatsächlich eine Faszination auf relevante Teile der Bevölkerung aus? Es geht aber nicht darum, dass sich die Theorie nur der Praxis angleichen muss, sie muss vor allem praxisrelevant sein. Nochmals Lothar Bisky, ein Zitat von 2012: „Ich finde, wir sollten irdisch verankerte Vorschläge machen. Die Wähler prüfen sehr kritisch, ob etwas zumindest die Chance auf Durchsetzbarkeit hat. Die Leute dürfen nicht

¹⁶ Willy Brandt, zit. in: Oskar Lafontaine, Rede des SPD-Vorsitzenden am 07. Februar 1996 auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum 100. Geburtstag von Willi Eichler, in: PresseDienst der SPD vom 02. Febr. 1996.

¹⁷ Ebenda.

den Eindruck gewinnen, dass es bei der Linken nur schwärmerische Ideologen gibt, die sich eine Welt ausmalen, die es gar nicht gibt.“¹⁸ So helfen z. B. keine zum hundertsten Male durchgeführten abstrakten Debatten über die „Eigentumsfrage“ weiter, die dann doch wieder in einer allgemeinen „Vergesellschaftsforderung“ münden. Es geht vielmehr darum, durch welche Regulierungsmaßnahmen das Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft durchgesetzt werden kann.

Meiner Ansicht nach geht es nicht um Sisyphos in dem Sinne, am vorliegenden Programm kleinteilig und mühsam weiter zu arbeiten bzw. es zu ergänzen oder einfach fortzuschreiben. Es geht in erster Linie um Korrekturen und um strategische Entscheidungen. Ich habe dabei nicht eine enge neue Programmdiskussion im Auge, sondern eine breit angelegte politische Debatte, eine Debatte um zeitgemäße politische Alternativen und um Strategie. Vielleicht kommt sie ja nach den Bundestagswahlen im Herbst 2013 in Gang.

¹⁸ Interview mit Lothar Bisky: „Ich würde es bedauern, wenn Bartsch nicht antritt.“, in: Der Tagesspiegel vom 20.05.2012.

Bernd Ihme

Kurze Dankesrede

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
liebe Freundinnen, liebe Freunde,
sehr geehrte Gäste,

als mir Michael Brie und Horst Kahrs während eines Empfangs anlässlich meines 65. Geburtstages im traditionsreichen Café Sibylle in der Karl-Marx-Allee die Einladung zum Ehrensymposium „Ein programmatischer Sisyphos“ überreichten, war ich sehr überrascht. Mit so einer Auszeichnung hatte ich nicht gerechnet.

Ich fühle mich sehr geehrt und habe mich darüber gefreut. Ich glaube, jeder Mensch freut sich, wenn sein Wirken anerkannt und gewürdigt wird. 40 Jahre Arbeit für meine Partei liegen hinter mir. Davon über 20 Jahre Programmarbeit für PDS und Linkspartei.

Jedes Mal, wenn nach einer umfangreich und auch leidenschaftlich geführten Programmdebatte ein neues Programm beschlossen war, fehlte es nicht an Stimmen, die meinten, dass auch diesmal „der große Wurf“ wohl noch nicht gelungen sei: zu viele Kompromisse, zu viel offene Fragen, zu viel „altes Denken“ und so manche Ungereimtheit.

Ich meine, dass solche Reaktionen durchaus normal sind. Jeder Abschluss einer Programmdebatte enthält bereits wieder den Keim für weitere Diskussionen in sich. Jeder Beschluss eines Programms ist bereits wieder der Start zur Fortsetzung der Programmdebatte. Interessanter Weise werden dann nicht etwa nur neue Fragen aufgeworfen und neue Probleme behandelt, sondern auch das Erreichte muss erneut kritisch hinterfragt, erforderliche Korrekturen sollten vorgenommen und strategische Entscheidungen getroffen werden. Die Auseinandersetzungen beginnen von Neuem.



In diesem Sinne sehe ich das heutige Symposium ebenfalls als ein Aufbegehren wider programmatische Genügsamkeit und als Auftakt für eine weitere Verständigung und Auseinandersetzung zu programmatischen, strategischen und Grundsatzfragen linker Politik.

Und alle hier und heute Anwesenden können bald erneut beglückt feststellen, auch diesmal sind wir wieder dabeigewesen.

Drei kurze Bemerkungen möchte ich doch noch loswerden:

Kapitalismuskritik

Keine Programmatik der LINKEN ohne eine grundlegende Kritik des Kapitalismus. Kapitalismuskritik gehört bekanntlich zu den identitätsstiftenden Inhalten unseres politischen Selbstverständnisses als demokratische Sozialistinnen und Sozialisten. Dabei widmen wir uns in der Regel sehr intensiv der Aufdeckung und Kritik all jener Seiten und Erscheinungen kapitalistischer Gesellschaften, die die Wesenszüge dieses Gesellschaftssystems deutlich zum Ausdruck bringen. Egal ob in Europa, in Asien, Afrika oder Nord- und Südamerika, überall dort wo

wir es mit Kapitalismus zu tun haben, sind diese Gesellschaften durch das gleiche grundlegende Wesen gekennzeichnet – ein Ausbeutungssystem zu sein. Was zählt ist vor allem der Profit! Kapitalismus bedeutet weltweit Ausbeutung, Unterdrückung, massenhaftes Elend, Einschränkung von Demokratie, Sozialabbau, bedeutet Anwendung von Gewalt, neue Kriege und Tendenzen zur Barbarei. Die Ursachen dafür liegen im kapitalistischen Profit- und Herrschaftssystem.

Mit den Entwicklungen und Veränderungen innerhalb kapitalistischer Gesellschaften und deren Auswirkungen ändern sich nicht die Wesenszüge des Kapitalismus. Bei aller Veränderung und Entfaltung seiner Äußerungsweisen, treten seine Wesenszüge in den realen gesellschaftlichen Abläufen immer wieder zutage. Das alles ist uns bekannt und deshalb wollen wir alle gesellschaftlichen Verhältnisse überwinden, in denen Menschen ausgebeutet, entrechtet, erniedrigt und entwürdigt werden, in denen die sozialen und natürlichen Grundlagen des Lebens zerstört werden. Wir streben eine gerechte, solidarische und friedliche Gesellschaft an, die wir demokratischen Sozialismus nennen.

Dennoch müssen wir aufpassen, dass das Bild, das wir uns von kapitalistischen Gesellschaften machen und vermitteln, nicht einseitig und undifferenziert daherkommt. Viele Debatten um unsere Programmatik und Strategie haben meiner Meinung nach gezeigt, dass wir uns noch zu wenig mit der ganzen Vielfalt und Mannigfaltigkeit kapitalistischer Gesellschaften und ihrer Entwicklungstendenzen beschäftigen. Das bedeutet, sich neben der grundsätzlichen Gesellschaftskritik sehr intensiv auch jenen Prozessen und Erscheinungen zuzuwenden, die den Kern progressiver Entwicklungen in sich tragen, die Chancen zur Einflussnahme auf grundlegende Veränderungen enthalten, an die wir anknüpfen müssen, wenn wir eine Partei des revolutionären Fortschritts sein wollen.

Marx machte bereits darauf aufmerksam, dass die kapitalistischen Gesellschaften eben „kein fester Kristall, sondern *ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus*“ sind. (MEW, Band 23, S.16) In diesen

Entwicklungsprozessen und ihren Widersprüchen jene Potentiale für grundlegenden gesellschaftlichen Wandel zu entdecken und diese für progressive Veränderungen bewusst zu nutzen, ist eine wirkliche Herausforderung zeitgemäßer linker Politik.

Kapitalistische Gesellschaften bringen Innovations- und Entwicklungspotentiale, moderne Technologien und neue Produktionsweisen hervor und damit verbunden neue Hoffnungen und Erwartungen der Menschen, neue Lebensweisen und neue Möglichkeiten für Individualitätentfaltung, demokratische Mitwirkung und selbstbestimmtes Handeln. Von selbst kommen solche vorhandenen emanzipatorischen Ansätze natürlich nicht zum Tragen, sie müssen dem kapitalistischen System abgerungen werden, um sie zu nutzen. Deshalb sollten wir uns damit genauer befassen und Schlussfolgerungen für linke Programme und Strategien ziehen. Gilt es doch wirksame, überzeugende, zukunftsfähige Alternativen entwickeln zu können.

Das trifft auch für die Analyse der gegenwärtigen Krise zu. Gegenwärtig haben wir es mit einer Verknüpfung von Wirtschafts-, Finanz-, sozialer und ökologischer Krise zu tun – also mit einer grundlegenden Gesellschaftskrise. Jede Krise besitzt jedoch stets zwei Seiten. In ihrer Analyse der gesellschaftlichen Situation kritisiert DIE LINKE zu recht den gegenwärtigen Verlauf der Krisenprozesse. Sie bleibt nicht bei einer Situationsbeschreibung stehen, sondern verweist auf die gesellschaftlichen Kräfte und deren Interessen, die für die gegenwärtigen Entwicklungen und Probleme verantwortlich sind. Das ist die eine Seite.

Andererseits enthalten Krisen immer auch neue Chancen für Veränderungen, für neue Entwicklungspfade und einen Richtungswechsel in der gesellschaftlichen Entwicklung. Krisen enthalten – dialektisch gesehen – stets das Moment des Zerstörerischen, des Untergangs von Altem und zugleich der Chance des Sich-Durchsetzens von Neuem. Das wussten schon die alten Griechen. Das Wort „*krisis*“ bedeutete für sie "entscheidende Wendung". Krisen markieren also Wendepunkte, fordern heraus, neue Wege zu beschreiten, sich neue Regeln zu geben und neue Einsatzformen zu finden, positive

Erfahrungen zu nutzen und negative zu verwerfen.

Bei aller Verdeutlichung der Ursachen und Zusammenhänge der gegenwärtigen Krisen sollte DIE LINKE verstärkt bemüht sein, auch jene sich anbahnenden Möglichkeiten herauszustellen, die auf eine nachhaltige, zukunftsfähige Gesellschaftsentwicklung hindeuten. Diese Möglichkeiten wären Ansatzpunkte für eine offensive, zukunftsorientierte und realistische Politik der LINKEN. An sie in linker Strategie anzusetzen, eröffnet auch eine konstruktive Sicht auf breit angelegte Bündnisbeziehungen in die Gesellschaft hinein. Erst konkrete Vorschläge zu konkreten Maßnahmen und nachvollziehbare einzelne Schritte, die die Sichtweisen und alltäglichen Erwartungen der Menschen berücksichtigen, machen linke Politik für viele interessant und glaubwürdig. Denn nur über eine Vielzahl und Mannigfaltigkeit so genannter kleiner Schritte, über Erfolge und Niederlage werden sich grundlegende Veränderungen hin zu einer neuen, höheren Qualität von Gesellschaft einleiten lassen.

Sozial-ökologischer Umbau

Das neue Parteiprogramm der LINKEN enthält die grundlegende Forderung, den sozial-ökologischen Umbau ins Zentrum linker Politik zu rücken, die soziale Frage und die ökologische Frage als gleichrangig und in engem Zusammenhang zu betrachten.

Noch immer ist meiner Meinung nach diese Zielsetzung als wirklicher Maßstab des Handelns unzureichend in den Führungsdokumenten und konkreten Orientierungen der Partei verankert. Sozial-ökologischer Umbau erscheint als eine Aufgabe unter anderen. Themen wie Arbeit, Beschäftigung, Demokratisierung, Geschlechtergleichstellung, Wirtschaft, Globalisierung, Wachstum, Lebensweise, Bildung, Gesundheit, Naturschutz, Verkehr, Kultur und Frieden können heute jedoch ohne den *jeweiligen konkreten* Bezug zu Nachhaltigkeit und Ökologie nicht wirklich zeitgemäß behandelt werden.

Hinzu kommt: Ob beim Ausstieg aus der Atomenergie, ob bei den Problemen der Nutzung der Braunkohle, der Müllentsorgung, ob beim Energiesparen und der Durchsetzung erneuerbarer Energien, ob bei der Suche nach Alternativen zum Auto-

mobilmobilität und nach einem modernen Verkehrswesens – überall brauchen wir nicht nur Forderungen und weit reichende, alternative Vorstellungen. Wir brauchen stets auch Vorstellungen *über ganz konkrete* Lösungswege, Lösungsvarianten und über machbare Schritte. Dabei wird recht schnell festzustellen sein, dass jeder alternative Vorschlag nicht ohne den direkten Bezug zur Schaffung von neuen Möglichkeiten von Beschäftigung, Arbeitsweisen, Bildung, Kultur, Lebensweise etc. überzeugend entwickelt werden kann.

Pluralismus

DIE LINKE befindet sich bekanntlich nach wie vor in einem Lern- und Selbstfindungsprozess. Dass sich DIE LINKE als eine pluralistische Partei versteht, die verschiedene Strömungen und Gruppierungen in sich aufnimmt, habe ich nicht als störend empfunden. Im Gegenteil, darin sehe ich eher einen Vorteil.

In einer pluralistischen Partei lassen sich Streit und heftige inhaltliche Auseinandersetzungen wohl kaum vermeiden. Sie sind notwendig, gehören zu einer lebendigen, sich bewegenden Partei und verhindern dogmatische Verengung. Eine Vielfalt von Ansichten und Positionen aufzunehmen und produktiv zu machen, halte ich bei der Entwicklung politischer Strategie- und Handlungsfähigkeit durchaus für gewinnbringend.

Was mich jedoch in letzter Zeit oftmals zutiefst gestört hat, was ich als äußerst nervend und belastend empfand, das war die Tatsache, dass die innerparteilichen Auseinandersetzungen sich eben nicht zu inhaltlichen, aufeinander Bezug nehmenden und gegenseitig bereichernden Diskursen mit Erkenntnisgewinn entwickelten, sondern häufig nur als Mittel innerparteilicher Ab- und Ausgrenzung und somit innerparteilicher Machtkämpfe dienten.

Seit begonnen wurde, Parteimitglieder in „Linke“ und „Rechte“ zu sortieren und statt miteinander zu korrespondieren und zu kooperieren, gegeneinander zu agieren, haben sich die Atmosphäre und der vertrauensvolle Umgang miteinander in der Partei vielerorts verändert. Mit dem großen Einsatz von Katja Kipping und Bernd Riexinger hat sich die Situation in unserer Partei be-

ruhigt und ist stabiler geworden. Eine gründliche inhaltliche Aufarbeitung der Ursachen und Hintergründe und vor allem der grundlegenden inhaltlichen Differenzen für die immer wieder aufflammenden Zerwürfnisse steht jedoch noch an.

Abschließend möchte ich mich ganz herzlich bei den Autoren der heutigen Beiträge bedanken, die uns sehr interessante und anregende Impulse für den weiteren programmatischen und strategischen Diskussionsprozess vermittelt haben. Die herzlichen und einfühlsamen Worte, die mir gegenüber gefunden und ausgesprochen wurden, haben mich innerlich sehr berührt und gestärkt. Dafür meinen aufrichtigen Dank. Mein besonderer Dank gilt den Organisatoren der heutigen Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, vor allem dem Institut für Gesellschaftsanalyse.

Ich freue mich, dass so viele sich entschlossen haben, am heutigen Symposium teilzunehmen. Es handelt sich dabei um Genossinnen und Genossen, Freundinnen

und Freunde mit denen mich viele Jahre guter gemeinsamer Arbeit verbinden und denen ich mich herzlich und freundschaftlich verbunden fühle.

Zum Abschluss zwei kurze Zitate:

Lucius Annaeus Seneca:

„Nicht, weil die Dinge schwierig sind, packen wir sie nicht an, sondern weil wir sie nicht anpacken, bleiben sie immer schwierig.“

Chinesisches Sprichwort:

Der Pessimist sieht in jeder Chance eine Bedrohung.

Der Optimist in jeder Bedrohung eine Chance.

In diesem Sinne:

Auf, auf zum fröhlichen Streite
und neuen Gipfeln entgegen!

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Bisky, Lothar

Prof. Dr., Studium der Allgemeinen Kulturwissenschaften an der Karl-Marx-Universität Leipzig; 1969 Promotion zum Dr. phil. in Leipzig; 1975 Habilitation zum Dr. sc. phil. in Leipzig; 1986-1990 Rektor an der Hochschule für Film und Fernsehen in Potsdam-Babelsberg; 1993 – 2000 und 2003 – 2010 Vorsitzender der PDS (ab 2005 Linkspartei; ab 2007 DIE LINKE); 1990-2004 Fraktionsvorsitzender der PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg. 2004 / 2005 Vizepräsident des Landtages Brandenburg; 1990 Mitglied der Volkskammer der DDR; 2005 – 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages; 2007-2010 Vorsitzender der Europäischen Linken. 2009-2011 Vorsitzender der Vereinten Europäischen Linken / Nordischen Grünen Linken im Europäischen Parlament.

Dietzel, Horst

Dr. sc. phil.; Jg. 1943; Lehrerstudium für Kunst-erziehung und Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin; 1979 Promotion und 1984 Habilitation an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften Berlin über die Sozialdemokratie. Von 1984 – 1990 Dozent an dieser Akademie; seit 1990 Mitglied der PDS bzw. der Partei DIE LINKE, in den 90er Jahren Mitglied der Grundsatzkommission der PDS, Mitarbeit im Bereich Strategie und Grundsatzfragen bis 2012 beim Parteivorstand der PDS bzw. der Partei Die LINKE; zahlreiche Veröffentlichungen zur Analyse der SPD und anderer Parteien der Bundesrepublik Deutschland.

Ihme, Bernd

Dr. sc., Studium der Philosophie am der Humboldt Universität zu Berlin, Diplomphilosoph, 1972 – 1988 Assistent, Aspirant, Promotion, Mitarbeiter an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Berlin, 1979 Promotion zum Dr. phil. in Berlin, 1988 Habilitation zum Dr. sc. phil. in Berlin; 1989 bis 2012 Mitarbeiter im Parteivorstand der PDS und der Partei DIE LINKE, Verantwortungsbereich: Wissenschaftspolitik, Sekretär der Grundsatz- und Programmkommission, Bereichsleiter Bereich Grundsatzfragen, Verantwortlicher Programmarbeit, Mitglied Programmgruppe Linkspartei.PDS / WASG. 1990 bis 2005 Mitglied der PDS-Fraktion in der BVV Lichtenberg von Berlin, langjähriger Fraktionsvorsitzender der PDS-Fraktion BVV Lichtenberg, 1990 bis 2007 Mitglied des PDS-Bezirksvorstandes Berlin Lichtenberg.

Klein, Dieter

Prof. Dr., Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität 1951-1955. Promotion 1961; Habilitation 1964; Ordentlicher Prof. für Politische Ökonomie seit 1964; Direktor des Instituts für politische Ökonomie der HU 1964-1977; danach bis 1990 Prorektor für Gesellschaftswissenschaften der HU; seit Anfang 1990 bis Sommer 1991 Leiter des Instituts für interdisziplinäre Zivilisationsforschung an der HU; seit 1990 bis 1997 Inhaber des Lehrstuhls Ökonomische Grundlagen der Politik am Institut für Sozialwissenschaften der HU; 2000 bis 2012 Mitglied des Vorstands der Rosa Luxemburg Stiftung. Senior Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Kipping, Katja

Magisterstudium der Slawistik/Amerikanistik /Rechtswissenschaft an der TU Dresden; 1999 bis 2003 Stadträtin in Dresden; 1999 bis 2005 Abgeordnete im Sächsischen Landtag; 1003 bis 2012 stellvertretende Parteivorsitzende der Linkspartei.PDS und Partei DIE LINKE; seit 2005 Mitglied des Bundestages, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE; Seit Juni 2012 zusammen mit Bernd Riexinger Vorsitzende der Partei DIE LINKE, 2004 bis Mai 2008 Mitbegründerin und Sprecherin beim bundesweiten Netzwerk Grundeinkommen, Redakteurin des Magazins „prager frühling“, Mitglied im Vorstand beim Institut Solidarische Moderne:

Luft, Christa

Prof. Dr., Wirtschaftswissenschaftlerin, Diplom 1960, Promotion 1964, Habilitation 1968, 1971 Professur für Außenwirtschaftsökonomik/Ost-europawirtschaft an der Hochschule für Ökonomie Berlin, von 1972 bis 1977 Direktorin der Sektion Außenwirtschaft, von 1978 bis 1981 Stellvertretende Direktorin am Internationalen Ökonomischen Forschungsinstitut des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) in Moskau, von 1988 bis 1990 Rektorin der HfÖ, vom 17. November 1989 bis 18. März 1990 Stellvertretende Ministerpräsidentin der DDR, vom 18. März 1990 bis 2. Oktober 1990 Abgeordnete der Volkskammer der DDR, von 1991 bis 1994 Dozentin am Institut für Internationale Bildung Berlin e. V., von 1994 bis 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages, Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitglied der Leibniz-Sozietät.